



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 08. April 2024**  
in der Welser Stadthalle stattgefunden

## 24. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.01 Uhr.  
Ende der Sitzung: 18.23 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 23. Sitzung des Gemeinderates vom 27.02.2024 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

KR. Herwig Karl Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

KR. Karl Schönberger

Mag. Hannah Stögermüller, MBA

Silvia Huber, MPA

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Hülja Ylmaz

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

### **NEOS**

#### Gemeinderat

RegRat Walter Zaunmüller

### **MFG**

#### Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

GR. Laurien Scheinecker, BA

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 25.03.2024 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an  
Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger betreffend Barrierefreiheit  
im neu renovierten Parteienverkehrsbüro der Dst. Sozialservice und Frauen  
Verf-015-W-11-2024

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger!

Um eine Klärung der Zuständigkeit und der Renovierung des Parteienverkehrsbüro der Dst. Sozialservice und Frauen zu schaffen, stelle ich folgende Anfrage gemäß § 10 GOGGR an Sie:

1. Wieso wird im Parteienverkehrsbüro der Dst. Sozialservice und Frauen (Eingang Stadtplatz 4) § 31 Abs.1 Z.1 OÖ-BauTG 2013 nicht eingehalten?
2. Wieso wurde beim Umbau bzw. Renovierung dieser Räumlichkeiten auf § 31 Abs.1 Z.1 OÖ-BauTG 2013 nicht bedacht genommen?
3. Ist geplant den Zugang zum Parteienverkehrsbüro barrierefrei zu gestalten? Und wann würde das geschehen?
4. Wer trug die Verantwortung für die Entscheidung, dass das Parteienverkehrsbüro nicht barrierefrei renoviert wurde?
5. Wie kommen Personen, die im Rollstuhl sitzen, in das Parteienverkehrsbüro?
6. Wie kommen Personen, die in einem elektronischen Rollstuhl sitzen in das Parteienverkehrsbüro?
7. Ist das Errichten von Hürden und Schikanen Ihre Definition von Inklusion?

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Schatzmann, aufgrund dessen, dass ich dafür nicht zuständig bin, sondern nur für das Büro vom Sozialen Service, würde ich sie bitten sich an den zuständigen Referenten zu wenden, da es nicht in meine Zuständigkeit gehört.

### Mitteilungen des Bürgermeisters

Prüfauftrag des Gemeinderates an den Stadtrechnungshof betreffend Anmietung und Nutzung von Elektro-Dienstwägen der Stadt Wels  
StRH-384-12-2023

Bgm. Dr. Rabl: Der Gemeinderat hat im Jahr 2023 gemäß § 39 Abs.4 StW. 1992 dem Stadtrechnungshof folgenden Prüfauftrag erteilt:

Die unterfertigten Gemeinderäte beauftragen den Stadtrechnungshof eine Prüfung der Anmietung und Nutzung von E-Dienstwägen durch die Stadt Wels durchzuführen und dabei insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

- Wie erfolgte die Auswahl des Anbieters für die Mieter der E-Dienstautos und wie sind die Mietverträge ausgestaltet?
- Welche (Mehr-)Kosten entstanden bisher durch die Anmietung der E-Dienstwägen insgesamt? Welche Kosten entstehen monatlich und je Kilometer?
- Wie erfolgt die dienstliche Nutzung der E-Dienstautos durch Bürgermeister, Stadtsenatsmitglieder sowie andere Berechtigte und nach welchen Richtlinien erfolgt die Nutzung?
- Wie erfolgt die private Nutzung der E-Dienstautos durch Bürgermeister, Stadtsenatsmitglieder und nach welchen Richtlinien erfolgt die Nutzung sowie Stromversorgung?
- Welche rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich privater und dienstlicher Nutzung sind zu beachten?
- Wie ist die private Nutzung der E-Dienstwägen durch Bürgermeister und Stadtsenatsmitglieder unter Beachtung geltender Rechtsvorschriften, insbesondere die Bestimmungen des OÖ. Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 zu bewerten?

Dazu teile ich mit, dass diesem Prüfauftrag entsprochen wurde. Der Stadtrechnungshof führte die Prüfung durch und legte den Prüfbericht dem Kontrollausschuss vor. In der Sitzung des Kontrollausschusses vom 12.03.2024 wurde der Prüfbericht behandelt und einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Mitglieder des Gemeinderates haben die Möglichkeit bis 23.04.2024 in diesen Prüfbericht Einsicht zu nehmen.

## Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Gesundheit“ bekanntgegeben.

GR. Wehofsich: Es geht um das internationale Gesundheitswesen und dessen Zukunft. Was ist geplant, wie wird diese Planung umgesetzt und welche Konsequenzen entstehen daraus für die gesamte Bevölkerung dieser Welt? Dazu rufe ich ein paar Fakten in Erinnerung und nehme hier und jetzt die Mainstream-Medien in die Pflicht tatsächlich Aufklärungsarbeit und Richtigstellung zu betreiben.

Die Pandemie der vergangenen vier Jahre zeigte vor allem eines: Nicht die Ungeimpften haben diese Welt gespalten, sondern die, die gruppenspezifisch Ausgrenzung vorangetrieben haben. Kritik oder Bedenken gegen die Impfung waren aufgrund einer zementierten Deutungshoheit nicht erlaubt. Hier begann das Zerbröckeln einer ohnehin schon wackeligen Demokratie.

Am 16. März 2020 gab es den ersten Lockdown in Österreich. Die Informationen, die in dieser Woche auf uns hereinstürmten, waren eher verwirrend und nur absolut hörige Menschen ergaben sich ihrem Schicksal und spielten widerstandslos mit. Es gab aber auch Skeptiker, die sich über Aussagen wunderten wie „jeder wird jemanden kennen, der an Covid gestorben ist“ und „die Zahl der Toten wird in Österreich 100.000 übersteigen“. Na ja, ein bisschen Angst sollen wir schon verbreiten.

Heute ist erwiesen, dass solche Aussagen vielfach politisch motiviert waren und keinesfalls wissenschaftlichen Überlegungen entsprungen sind. Ja, es stimmt, Vorsicht war geboten! Denn kaum ein Mensch war je mit solchen Informationen konfrontiert worden. Doch Lockdowns sind drakonische Maßnahmen, die vor allem Angst schüren und nur der Spaltung dienen. Nicht nur ich, sondern eine Vielzahl von kritischen Experten, Wissenschaftlern, Journalisten wurden ausgegrenzt, diffamiert oder gar als rechtsextrem bezeichnet. Warum konnte es soweit kommen und woher kamen diese untergriffenen Vorwürfe?

Ich verteidige keine Schuld, aber maßgeblich beteiligt waren die mehr als einseitigen Berichterstattungen und diverse Politiker, die auch später immer wieder dasselbe Pferd ritten. Ungeimpfte sollten eigentlich die Staatsbürgerschaft verlieren (Karoline Edtstadler). Impfkritiker und FPÖ-Wähler sind Volksverräter (Beate Meindl-Reisinger). Ich sehe nicht die Notwendigkeit mich mit Menschen zu versöhnen, die die Wissenschaft in Frage stellen (Johannes Rauch). Klare Kante: SPÖ-Politiker will 14 Tage Haft für Ungeimpfte (Peter Binder, OÖ). Ungeimpfte gefährden die Menschheit, sie bringen Kinder, Eltern und Großeltern in Gefahr – so ziemlich alle Parteien.

38 Erlässe und Gesetzesänderungen, die Lockdowns und die Pandemiemaßnahmen betreffend, wurden vom OGH als verfassungswidrig erkannt und im Nachhinein aufgehoben. Doch beinahe keine Medien berichteten darüber. Die Bevölkerung steht wieder einmal vor einer Entscheidung, bei der sie nicht gefragt wird und ich bin mir sicher, nur ein geringer Prozentteil der Bevölkerung weiß darüber Bescheid. Die Aufgabe und Pflicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und deren Reporter ist es neutral über alle die Bevölkerung betreffenden Maßnahmen zu informieren und nicht zu verheimlichen.

Wie die letzten Jahre gezeigt haben sind sehr viele Fehlentscheidungen im nationalen und internationalen Gesundheitswesen getroffen worden. Maßgeblich an diesen Entscheidungen beteiligt war die WHO, die von international bekannten Personen, wie Bill Gates, Howard Buffett, deren Sohn und George Soros finanziell großzügig unterstützt werden. Das sind Fakten, die man mit etwas Energie jederzeit nachlesen kann. Nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch auf den Webseiten unserer Regierung, in diversen medizinischen Fachzeitschriften und selbst auf der offiziellen Seite der WHO. 194 Staaten von 197 dieser Erde gehören als Mitglieder der WHO an. Aber wer ist diese WHO wirklich? Die WHO ist eine Sonderorganisation der UNO. Die vier Hauptziele der UNO sind weltweiter Friede, Sicherheit und Abrüstung, Entwicklung freundschaftlicher Beziehung zwischen den Staaten und Förderung der Menschenrechte durch internationale Zusammenarbeit. Der letzte Punkt macht die gesamte Sache noch skurriler. Im März 2023 wurde mir ein staatliches Dokument zugespielt, worin es um einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Institut IVI geht. Es wurde nachweislich amtssigniert und ist für jeden Bürger einsichtbar, BGBl III 54/2023.

Vor allem tauchen immer wieder Namen auf wie Bill Gates und die WHO. Mich haben diverse Passagen nicht nur erstaunt, sondern regelrecht geschockt. Ich darf ihnen die pressantesten Passagen als Überschrift kurz näherbringen: Artikel 4 Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten. Die Räumlichkeiten des Institutes sind unverletzlich. Kein Beamter oder Vertreter der Republik Österreich noch sonst eine in der Republik Österreich Hoheitsrecht ausübende Person darf die Räumlichkeiten betreten, um dort Amtshandlungen zu setzen. Artikel 5 Immunität vor der Gerichtsbarkeit und andere Maßnahmen: Das Institut ist mit Ausnahme der folgenden Fälle in der Gerichtsbarkeit und jeder anderen Vollzugshandlung befreit, wenn das Institut in einem bestimmten Fall ausdrücklich auf diese Befreiung verzichtet. Dazu gibt es noch weitere Punkte.

Artikel 8 Befreiung von Steuern und Zöllen: Das Institut, seine Vermögenswerte, sein Einkommen und anderes Eigentum sind befreit vor allem von direkten Steuern, von allen indirekten Steuern, von allen Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen. Artikel 12 Beamte des Instituts: Beamte des Instituts genießen in und gegenüber der Republik Österreich folgende Vorrechte und Befreiungen: Befreiung jeglicher Gerichtsbarkeit, Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten Gepäcks und ihres Dienstgepäcks, Unverletzlichkeit aller amtlichen Schriftstücke, Daten und sonstigen Materialien, Befreiung von sämtlichen Steuern und Zöllen, Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer, usw.

Nach dreifacher rechtlicher Prüfung wurde mir mitgeteilt, dass dieses Gesetzblatt seine Richtigkeit hat, wenn es sich um einen Staat handelt. Die darin enthaltenen Passagen sind eindeutig auf eine Botschaft oder eine Außenstelle eines exterritorialen Landes zugeschnitten. Übrigens ist dieses Institut bereits in der Oberen Weisgerberstraße 16, 1030 Wien, eröffnet worden und Österreich beteiligt sich an den Unkosten mit 860.000 Euro jährlich. Schlussendlich die bei Gerichtsbeschluss herausgegebenen RKI-Dokumente (Robert-Koch-Institut) mit einigen hunderten Seiten. Darin sind einige Passagen geschwärzt, auch der Name des Unterzeichners – eines Politikers -, aber auch dieser wird noch herausgefunden werden.

Darin wird eindeutig festgestellt, dass sämtliche Maßnahmen während der Pandemie völlig überzogen waren, sogar politisch motiviert, drastisch erhöht wurden. Eine FFP2-Maske dient einzig und allein dem Schutz vor Staub. Staub hat eine weitaus größere Körnung als

jeder Virus. Jede FFP2-Maske kann daher gar nicht vor einem Virus schützen – völlig sinnlos! Jeder Benutzer dieser Maske wird dazu dringend angehalten – speziell im Baubereich – nach spätestens ein bis zwei Stunden eine Pause von mindestens einer Stunde einzulegen, damit wieder Sauerstoff geatmet werden kann. Dennoch ist sie so dicht, dass gerade Kindern die Sauerstoffzufuhr nur stark eingeschränkt möglich war. Abgesehen von älteren Menschen, die ohnehin schon Atemprobleme hatten.

Die Impfung selbst laut RKI hat bei weitem nicht die Wirkung wie ursprünglich angenommen. Daher auch die von einem Politiker unterzeichneten Dokumente, die Gefahrenstufe des Virus von eher mäßig auf gefährlich hinaufzustufen. Denkt nur daran, ein kleiner Stich und du bist geschützt, danach ein Booster und noch einer und noch einer. Wenn ich mir die heutige Situation an mehrfach Geimpften ansehe, wie viele haben tatsächlich Impfschäden davongetragen, ohne dies selbst zu erkennen oder sie sich gar einzugestehen. Die Dunkelziffer liegt extrem hoch, aber Fakten aus diversen Berufskreisen zeigen ein deutlich anderes Bild.

Im Jahr 2021 brachte der Sender ARTE einen 45-minütigen Report über Bill Gates und die Verstrickungen der EU: Titel Genlabor Afrika! Ich kann nur jedem empfehlen, sich diese Dokumentation anzusehen. Am 15. März 2024 stand in der Kronenzeitung zu lesen: „Die EU will die Gesundheitsdaten von 450 Mio. Bürgern für Forschung, Diagnosen und mehr nutzen. Wissen sie eigentlich, dass wir ganz knapp davorstehen, sämtliche Eigenkontrolle zu verlieren, dass die Kernstücke des neuen WHO-Vertrages den Verlust der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten bedeutet?“

In naher Zukunft am 24. Mai. 2024 soll Österreich und alle 194 Mitgliedstaaten dieser Erde mit der WHO einen Vertrag unterschreiben, der im Jahr 2025 zum Tragen kommen soll. Mit der WHO, die ein rein privates Subunternehmen der UNO darstellt und überhaupt nichts mit einer Regierungsorganisation zu tun hat. Wollen sie ihr persönliches Recht auf körperliche Unversehrtheit einfach einer privaten Organisation überlassen, die dann von den USA aus, dem Hauptsitz der UNO einfach bestimmen kann, wann eine Pandemie welcher Art auch immer ausgerufen werden kann, egal welcher Anlass, ob Viren, Klimawandel, der Himmel fällt uns auf den Kopf, welche zukünftigen Impfungen uns zwingend verabreicht werden müssen. Das ist ein springender Punkt, denn das ist eine direkte Aufhebung der in Österreich gefallenen Impfpflicht. Welche Lebensmittel die Menschheit in Zukunft essen kann. Wann und wie lang und für welche Menschen wieder Lockdowns verhängt werden können.

Mit der Begründung, dass kein einziges Land auf dieser Erde tatsächlich in der Lage sei eine Pandemie richtig zu handhaben, drängt die WHO auf diesen unglaublichen, völlig obskuren Vertrag, der in Zukunft alle Möglichkeiten eröffnet direkt in das Leben, die Grundrechte und die Freiheit jedes einzelnen Bürgers massiv einzugreifen. Sehr geehrte Mitbürger, erfinden sie rasch neue Verschwörungstheorien, den die alten haben sich alle bewahrheitet! Danke für ihre Aufmerksamkeit.

GR. Schatzmann: Ich habe mit mir gehadert, ob ich dazu eine Wortmeldung abgebe oder nicht, aber das kann ich so nicht im Raum stehen lassen. „Gesundheit“, unter diesem Titel wurde die heutige „Aktuelle Stunde“ beantragt. Wie wir gerade hörten, lässt eine solche Verallgemeinerung viel Spielraum.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um über die realen Probleme der Welser zu sprechen. Diese sind nicht, wie der Kollege der Verschwörungslobby meint, der WHO- oder der Pandemievertrag. Das reale Problem der Welser ist simpel erklärt, denn Tausende haben keine hausärztliche Versorgung. Die Stadt und die Verantwortlichen haben hier ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Im Gegenteil weisen sie Verantwortung von sich und spielen sich gegenseitig den schwarzen Peter zu. Parteipolitischer Hickhack, wie er hier seit Jahren vorherrscht, interessiert niemanden.

Als höchstes Gremium dieser Stadt sollte unser oberstes Gebot sein im besten Sinne für die Welser zu arbeiten. Dauerndes und sinnloses Streiten gehört hier nicht dazu. Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, Herr Vzbgm. Mag. Schininger und auch sie Herr Bürgermeister tragen alle eine Verantwortung, der sie im Bereich der Gesundheit nicht nachkommen. Beginnend bei der Community Nurse haben wir den eigentlichen Zuschlag nicht erhalten, weil sie Frau Vizebürgermeisterin nicht bereit waren, die von Anfang an bekannten Richtlinien für das Projekt umzusetzen. Damit haben sei ein zentrales Präventionsprojekt verhindert. Mit dieser Haltung wurde ein innovatives Versorgungsforum vor allem für ältere Mitbürger wieder abgedreht noch bevor sie beginnen konnte. Thalheim und Gunskirchen haben dieses Projekt mit Erfolg umsetzen können. Wels wollte nicht – das sind die am Tisch liegenden Fakten.

Lieber Klaus, in Wels fehlen je nach Zählweise mindestens sieben Kassenstellen an praktischen Medizinern. Im Juli 2023 hat die Bundesregierung mit den Stimmen der GRÜNEN-, der ÖVP- und der SPÖ-Fraktion das verkorkste Primärversorgungsgesetz aus dem Jahr 2017 repariert und dafür gesorgt, dass es keine Einspruchsmöglichkeit mehr für die Ärztekammer bei der Gründung von Primärversorgungseinheiten gibt. Dazu kommt, dass entsprechende Förderungen solche PVE durch RRF (Recovery and Resilience Fonds) der EU gibt. Seither sprießen solche PVEs in ganz Österreich wie die Schwammerl aus dem Boden – nur nicht in Wels. Klaus, du hast diese Entwicklung offensichtlich nicht gesehen. Im Gegenteil warst du noch Wochen vor der Novellierung der Meinung die PVEs stellen keine Lösung dar und von den Medizinern nicht gewollt werden. Das hatte zur Folge, dass unser Klinikum mit einer hausärztlichen Ambulanz einspringen musste.

Herr Bürgermeister, sie bilden den Kopf unserer Stadtregierung, sind in der Hauptverantwortung, dass in den einzelnen Ressorts für das Wohl der Welser vor allem gemeinsam gearbeitet wird. Dieser Verantwortung kommen sie nicht nach! Alles in allem muss man feststellen, dass man sich lieber gegenseitig die Hacken ins Kreuz haut, statt sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Die Welser erwarten zu Recht von uns, dass wir gemeinsam und konstruktiv arbeiten. Anstelle einer solchen Show im Vorwahlkampf abzuziehen, wäre es sinnvoll sich der eigenen Verantwortung bewusst zu werden und die eigentlichen Hausaufgaben zu machen.

Wir GRÜNEN haben im Bund unsere Aufgaben gemacht. Es gibt die größte Gesundheitsreform und die größte Pflegereform seit Jahrzehnten. Wo andere nur reden, haben wir aus Prinzip E-Card anstelle von Kreditkarte in die Tat umgesetzt. Es wird Zeit, dass sie es uns gleichtun, in Wels endlich hin greifen, mithelfen und Verantwortung übernehmen oder wie unserer Vizekanzler sagt: „Rudern statt Sudern“. Das wäre angesagt!



Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Umweltverschmutzung beim Verschiebebahnhof Wels durch Styrol  
Verf-015-I-8-2024

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag und erklärt, dass dazu von der GRÜNEN-Fraktion folgender Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag gem. § 9 vorliegt:

„Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag gemäß § 9

In Punkt 3 heißt es, die Stadt Wels solle sich „zeitnah bemühen den Wasserbus des Landes zu organisieren, um diese Brunnen zu testen“. Laut Auskunft des Landes Oberösterreich hat der „Wasserbus“ nicht die Möglichkeit Wasser auf Styrolgehalt zu testen. Wir ersuchen deswegen um Streichung dieser Passage.

Punkt 7 soll konkretisiert werden: Innerhalb der nächsten zwei Monate ab Beschluss soll es zu einem Treffen kommen mit Vertretungen aller Parteien, der Bezirksverwaltungsbehörde, Abteilung Umweltrecht und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wels mit dem Ziel Richtlinien in der künftigen internen und externen Krisenkommunikation bei technischen Unglücksfällen, Naturkatastrophen oder Epidemien zu schaffen.“

Ich werde diesen Zusatz- bzw. Ergänzungsantrag zu Punkt 3 und Punkt 7 vor der Debatte nochmals verlesen.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Nach Punkt 2. des Dringlichkeitsantrages soll der Gemeinderat beschließen diesen Antrag am Beginn der Tagesordnung zu behandeln. Das ist aus der Sicht des Verfassungsdienstes rechtlich nicht zulässig, da nach § 23 Abs.1 Z.11 und 12 GOGR Dringlichkeitsanträge, bei denen der Gemeinderat das Vorliegen der Formerfordernisse (sprich Dringlichkeit) beschlossen hat, nach Abschluss der Tagesordnung zu behandeln hat. Unter diesen Umständen darf ich den Punkt 2. nicht zur Abstimmung bringen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines weiteren Gymnasiums;  
Resolution an den Nationalrat und an den Bildungsminister  
Verf-015-I-9-2024

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG,  
GRÜNE-Fraktion ohne GR. Faber + GR.  
Ylmaz)  
2 Nein-Stimmen (GR. Faber + GR. Ylmaz)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Die beiden Dringlichkeitsanträge werden wie üblich nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2024/002

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 19.03.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2024/004

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 19.03.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/006

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 19.03.2024:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 103)  
BauR-269-05-9-2022

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2023 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (103. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne  
GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)  
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

5.)

Öffentliche Beleuchtung – Beleuchtungsprogramm 2024;  
Auftragsvergabe an die eww Anlagentechnik GmbH  
BauD-BauS-396-01-2024

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 18.03.2024:

1. Beiliegendes Auftragschreiben gemäß Beleuchtungsprogramm 2024 betreffend die Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallation mit einer Auftragssumme von € 179.064,17 inkl. MWSt. an die eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis 5 % zu überschreiten.

GR. Kittenbaumer: Im Beleuchtungsprogramm 2024 investieren wir dieses Mal 180.000 Euro in unser städtisches Beleuchtungssystem – 30.000 Euro mehr als noch 2023. Dieser Tagesordnungspunkt klingt eigentlich immer sehr unscheinbar, ist jedoch nicht minder wichtig, denn ein gut funktionierender und gut ausgeleuchteter Schutzweg und eine gute Straßenbeleuchtung erhöht auch das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Jeder Unfall mit beteiligten Fußgängern oder Radfahrern, der durch diese Maßnahmen verhindert werden kann, ist wirklich von unschätzbarem Wert.

In diesem Programm liegt der Focus sehr stark auf die Neuinstallationen, wie in der Otto-Teufelberger-Straße oder im Bereich der Oberfeldstraße zwischen der Zellerstraße und der Vogelweiderstraße oder auch in der Bahnhofstraße in der Nähe der Firma Fronius. Weiters enthalten sind die Verbesserung der Ausleuchtung von Schutzwegen und natürlich auch Instandhaltungsmaßnahmen. Uns als SPÖ-Gemeinderatsfraktion liegt die Verbesserung der Ausleuchtung der Schutzwege am Herzen und so vertrauen wir auch heuer wieder darauf, dass die dunklen, schwarzen, nichtbeleuchteten Flecken in unserer Stadt beseitigt werden.

Sehr lobend und dankend erwähnen möchte ich das große Engagement und die Fachkompetenz der zuständigen Fachabteilung Tiefbau. Diese schauen Jahr für Jahr und stellen gemeinsam für uns ein Beleuchtungsprojekt zusammen. Ein besonderer Dank gebührt auch den engagierten Mitarbeitern der eww ag, die mit ihrem Einsatz und ihrer Expertise für die technische Umsetzung sorgen. Ohne sie wäre es nicht möglich diese effizienten Beleuchtungssysteme zu installieren. Last but not least möchte ich mich auch im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion beim zuständigen Referenten der Stadt Wels bedanken, bei Herrn Ing. Niedermair und seinem gesamten Team aus dem Hause Magistrat und der eww ag.

StR. Schäfer, BSc MSc: Danke für die Wortmeldung. Wir haben in Wels mit knapp 8.000 Lichtpunkten einen absolut sehr hohen Auslastungsgrad betreffend die öffentliche

Beleuchtung im Bereich der Straßen, Verkehrswege und Plätze. Auch der Störungsservice mit der eww ag funktioniert sehr gut, wir arbeiten hier sehr intensiv und regelmäßig zusammen und können kleinste Ausfälle sofort oder in Kürze beheben. Das ist uns ein großes Anliegen. Man muss die Beleuchtung etwas in Relation mit dem Faktor Lichtverschmutzung halten, weswegen wir auf smarte Technologie umsteigen werden, damit wir auch in der Nacht abdimmern können, wenn nicht wirklich ein Licht benötigt wird.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Stefan Ganzert

6.)

Vereinbarung betreffend Finanzierungsbestätigung zur Errichtung eines Geh- und Radweges in der Vogelweiderstraße mit dem Land OÖ, Amt der oö. Landesregierung, Linz;  
BauD-BauS-84-2024

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Mobilitätsausschuss am 19.03.2024:

Beiliegende Vereinbarung betreffend Finanzierung zur Errichtung eines Geh- und Radweges in der Vogelweiderstraße (Bereich Firma Teufelberger) mit einer voraussichtlichen nicht umsatzsteuerbaren Summe von € 350.000,-- mit dem Land Oberösterreich, Amt der oö. Landesregierung, 4021 Linz, Bahnhofplatz 1, wird beschlossen.

GR. Bruckner: Auf dem Weg zu dieser Gemeinderatsitzung sah ich, dass mit dem Bau des Radweges beim Lückenschluss Vogelweide zwischen Römerstraße und der Billrothstraße begonnen wurde. Es gibt dann folglich vom Oberthannerberg, Welser Straße, auf der Höhe Forst, einen durchgehenden Radweg bis zur Saunakreuzung. Wir Freiheitliche forderten immer mit Nachdruck diesen Radweg, weil dieses fehlende Teilstück einfach ein Sicherheitsrisiko für alle Radfahrer war.

In der letzten Mobilitätsausschusssitzung hat uns der Radbeauftragte Dipl.-Ing. Dr. Dobelhammer mitgeteilt, dass ihn dieser Radweg schon seit 17 Jahren beschäftigt. Die Errichtung von Radwegen, das Anpinseln von Bodenmarkierungen und überhaupt alle Maßnahmen, die mit dem Verkehr im Stadtgebiet von Wels zu tun haben, dauern einfach zu lange. In Zukunft wünsche ich mir, dass das einfach schneller passiert und noch besser wird.

GR. Mag. Humer: Ein wichtiger Lückenschluss und ich denke wir brauchen hier nicht zu diskutieren, wer mehr Druck ausübte. Jeder hebt natürlich bei den positiven Dingen die Urheberschaft auf sich. Ich bin jetzt seit 21 Jahren im Gemeinderat und habe schon lange darüber diskutiert. Lieber Kollege Bruckner, wichtig ist, dass jetzt einmal etwas passiert. Es gibt den alten Spruch, dass schwere Geburten oft schöne Kinder bringen. Wenn es nach dem geht, so wird das ganz etwas Tolles. Es gab ja zunächst einmal Verhandlungen mit der Fa. Teufelberger, einem dritten Player. Aber Gut Ding braucht Weile und ich bin jetzt mit 57 schon in einem Alter, wo man die Dinge etwas gelassener sieht. Aber am Ende ist es dann positiv und schauen wir, was wir an Radwegen und Sonstigem hier noch bauen. Es hängt natürlich immer am Geld und das hat der Herr Bürgermeister.

Lieber Stefan, wenn du Millionen bekommen würdest, könntest du alles bauen. Lieber Kollege Bruckner, das Ganze ist halt kein Wunschkonzert, aber es wurde jetzt gestartet. Ganz wichtig dabei ist sich bei allen gleich zu bedanken, damit keiner ohne Dank bleibt. In diesem Sinne lassen wir die Leute arbeiten, denn die machen das sehr, sehr gut.

GR. Ganzert: Lieber GR. Bruckner, danke für deine Ausführungen. Du hast ein bisschen den Kollegen Rigotti vertreten, der beim letzten Mal sehr vehement auf den Punkt eingegangen ist. Scheinbar geht sich ein Lob ohne Kritik nicht ganz aus. Seit 2021 ist es mir ein Anliegen das zu machen. Bei Dingen, wo ich jemanden Zweiten brauche, kann ich niemanden dazu zwingen.

Korrigieren muss ich dich dahingehend, dass Herr Dipl.-Ing. Dr. Doblhammer nicht der Fahrradbeauftragte der Stadt Wels ist, sondern das ist Frau Dipl.-Ing. Berghofer. Aber sie vertreten sich gegenseitig und werden beiden entsprechend Lob und Dank ausrichten.

Lieber Bernhard, vielen Dank! Ja, es hat lange gedauert, aber bei Projekten, die man nicht alleine entscheidet, muss immer ein Konsens gefunden werden. Es freut mich, dass das, was jahrelang gedauert hat, endlich zu einem Abschluss gekommen ist. Ich hätte mich jetzt etwas ruhiger verhalten, da die Baufahrzeuge schon da sind. Es entspricht eigentlich dem mittlerweile hergestellten guten Einvernehmen zwischen der Stadt Wels und dem Land OÖ, um einen so frühen Bauzeitslot zu bekommen. Da es schon im Ausschuss und jetzt im Gemeinderat beschlossen wurde, spricht das für die stattgefundene Wandlung der letzten Jahre betreffend gegenseitiges Vertrauen. Und wer mit offenen Augen durchfährt, hat heute schon die ersten Maßnahmen gesehen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für die Stadt Wels 2024-2025  
Auftragsvergabe an die Firma Trafility GmbH, Wels, Bahnhofplatz 3;  
VP-311-12-1-2022 miterledigt:  
ZE-022-1-188-2023

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Mobilitätsausschuss am 19.03.2024:

Beiliegende Zuschlagserteilung (Beilage B7) an die Firma Trafility GmbH, Wels, Bahnhofplatz 3, betreffend die Erstellung eines „Mobilitätskonzeptes für die Stadt Wels 2024-2025“ mit einer Auftragssumme von € 86.696,60 brutto wird beschlossen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Schiefermayr: „Gut Ding braucht Weile“, nur in diesem Fall war es eine sehr lange Weile, bis diese Dinge zum Laufen kamen. Hätten wir beim Mobilitätskonzept nicht ständig gedrängt, wer weiß, ob wir jetzt da stehen, wo wir jetzt stehen. Du sagtest, es darf keine Denkverbote geben beim Mobilitätskonzept; wir stimmen prinzipiell zu, nur es darf zu keiner Benachteiligung der jeweiligen Straßenteilnehmer kommen.

Konkret spreche ich in Wahrheit vom klassischen Autofahrer. Tausende Fahrzeuge fahren täglich in unsere Stadt, um ihre Arbeitsplätze aufzusuchen. Diese dürfen natürlich nicht beeinträchtigt werden. Wenn jemand etwas aufgewertet sein darf, dann darf es aus unserer Sicht der Fußgänger sein. Auch im Linzer Mobilitätskonzept werden die Fußgänger und das Gehen an erste Stelle gereiht. Abschließend darf ich mich noch bei der ganzen Belegschaft, die für die Erstellung dieses Konzeptes zuständig war, bedanken und ich hoffe es gibt in 18 Monaten Ergebnisse.

StR. Rammerstorfer: Ich freue mich sehr diese Mobilitätsstrategie heute zu beschließen - das Konzept wird noch etwas dauern -, denn gerade im Bereich der Verkehrspolitik haben einzelne Entscheidungen oft Folgen für Jahrzehnte. Daher ist hier ein überlegtes, strategisches Handeln natürlich unabdingbar.

Wir GRÜNEN wünschen uns natürlich eine umwelt- und klimafreundliche Mobilität, die platzsparend, leise, emissionsarm, klimaschonend ist und auch nachts und an Sonn- und Feiertagen verfügbar sein muss. Außerdem muss sie mit der Alleinherrschaft des Automobils brechen. Wir haben das große Glück derzeit eine Verkehrsministerin zu haben, für die der Ausbau der Schiene von größter Bedeutung ist. Wir haben hier zwei bedeutende Projekte für die Stadt: Der vierspurige Ausbau der Westbahn mit den beiden geplanten Bahnhaltstellen beim Max-Center und in der Gartenstadt und der große Meilenstein in Form der Zugverbindung zwischen Wels und München. Das wäre ein Turbo für die Stadt und würde diese für den Rest des 21. Jahrhunderts sicherlich deutlich mitprägen.

Beim Radverkehr und auch bei den Fußgängern wünschen wir uns einen ähnlichen Zugang wie bei der Schiene, sowohl visionär mit klaren strategischen Schritten als auch mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen möglichst bald. Wir haben heute noch die Möglichkeit zwei konkrete Maßnahmen zu beschließen, da ja schon eine gewisse Ungeduld herrscht betreffend der sich auf den Radverkehr positiv auswirkenden Maßnahmen. Dafür müssen wir nicht 17 Jahre warten wie bei der Vogelweiderstraße.

Grundsätzlich ist es uns eine Freude, dass zu den vielen unverbindlichen Allgemeinplätzen, die zum Radverkehr immer zu hören sind, es weitere konkrete Schritte geben wird.

Lieber Stefan, auf dem weiteren und holprigen Weg zu einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie werden dir sicher noch viele Steine in den Weg gelegt werden. Ich spreche hier aus meiner Erfahrung mit der Klimastrategie. Es werden dir auch Steine in den Weg gelegt werden, von denen du meinst, du hättest sie schon drei Mal entfernt. Es wird dir der eine oder andere Geisterfahrer entgegenkommen, aber dort wo es Richtung einer umweltfreundlichen, menschenfreundlichen Mobilität geht werden wir sicher mit dir mitgehen und uns konstruktiv einbringen. Wir wünschen allen, die an diesem Konzept mitarbeiten und beteiligt sind einen erfolgreichen Weg.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Umlauf: Zuerst möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Magistrates Wels für die gute Vor- und Aufbereitung bedanken. Der Projektplan, den wir im Ausschuss präsentiert bekamen, beinhaltet realistische Meilensteine und bezieht alle Fraktionen mit ein. Genau das ist wichtig, eine gute Zusammenarbeit in der Stadt beim Mobilitätskonzept zu haben und an einen Strang zu ziehen.

Es freut mich im Rahmen des Mobilitätskonzeptes auch die Masterpläne für den Geh- und Radverkehr auszuarbeiten. Eine gut durchdachte Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer macht Städte attraktiver und führt dazu, dass sich die Welsler gerne in der Stadt bewegen und wohlfühlen. Weniger Autos bedeuten weniger Lärm, weniger Abgase und eine sicherere Umgebung für alle Verkehrsteilnehmer. Das wünsche ich mir für unsere Stadt.

Das alles trägt zur schon erwähnten besseren Lebensqualität bei. Langfristig gesehen können wir Wels so zu einer noch lebenswerteren Stadt machen. Ein für mich wichtiger Punkt ist die Barrierefreiheit und bei dieser sehe ich noch Verbesserungspotential in Wels. Eine gute Stadtplanung berücksichtigt die Bedürfnisse aller Bürger. Z. B. durch breite Gehwege, barrierefreie Zugänge und sichere Überwege. All das ermöglicht es Menschen mit unterschiedlichen Mobilitätseinschränkungen sich frei zu bewegen. Das fördert die Inklusion und verbessert die Lebensqualität für alle.

Daher sehe ich es als eine unserer Aufgaben darauf besonders unser Augenmerk zu legen. Ich freue mich diesen Schritt mit dem Mobilitätskonzept hoffentlich heute zu beschließen und wünsche mir, dass wir alle mutig an neuen Ideen arbeiten und gemeinsam ein gutes Mobilitätskonzept für die Stadt Wels erarbeiten können.

GR. Weidinger: Wenn ich diese Wortmeldungen höre, bin ich schon wieder enttäuscht. Gestern stellte ich meiner Fraktion diesen Tagesordnungspunkt vor und wir diskutierten eine Stunde darüber. Es war uns wichtig beim Thema Mobilitätskonzept soll es keine Denkverbote geben und es sollten auf keinen Fall Überschriften stehen bleiben. Das heißt, keine Luftblasen zu produzieren an einer Pinwand, weil wir dann ein nicht umsetzbares Mobilitätskonzept haben.

Kollege Schiefermayr meint, der Autofahrer darf nicht benachteiligt werden, Kollege Rammerstorfer meint, es soll mehr für die Radfahrer getan bzw. mit dem Bus gefahren werden. Kollegin Umlauf betreffend behindertengerechtes Bauen muss ich zustimmen, denn das hat doch oberste Priorität. Ich höre heraus, dass wir schon in die richtige Richtung für unsere Fraktion gehen wollen. Das sollte eigentlich nicht passieren.



Dazu gibt es jetzt einen Lenkungsausschuss, zu dem alle Stakeholder, Polizei, Rettung etc. eingeladen werden. Höre ich jetzt schon die Meinungen der Fraktionen, so wird hier nichts herauskommen. Die ÖVP-Fraktion beteiligt sich hier nicht an dieser Diskussion. Wir freuen uns, wenn wir uns beteiligen dürfen. Stefan, ich wünsche dir alles Gute, es wird wirklich eine harte Zeit! Ich war beim überregionalen Verkehrskonzept dabei, es wird einiges an Stunden bis zu einem brauchbaren Ergebnis erfordern. Mit uns kannst du rechnen und wir stimmen dem natürlich auch zu.

GR. KR. Schönberger: Verkehrskonzepte erlitten ja immer ein trauriges Schicksal in dieser Stadt, z.B. Knoflacher und Kollege Kleiner. Das waren immer schöne Papiere, die uns vorgelegt und beschlossen wurden, aber dann immer an der Umsetzung scheiterten. Jetzt heißt es nicht mehr Verkehrskonzept, sondern Mobilitätskonzept und ist Gott sei Dank größer gedacht. Ich wünsche mir nicht nur über die Autofahrer, nicht nur über die Radfahrer, die Fußgänger zu reden, sondern auch darüber, wie man die Welser in diese Entscheidung einbindet. Um diese geht es in erster Linie und genau dieses Bürgerbeteiligungsmodell wünsche ich mir bei diesem Mobilitätskonzept.

Es hat alles keinen Sinn, egal wie viel Geld wir in die Hand nehmen, wenn wir die Menschen nicht auf dem Weg mitnehmen. Genau diese Beteiligung der Bürger wird am Ende des Tages das Wichtigste sein, denn dann funktioniert es und dann wissen wir, dass wir das Geld für die richtigen Dinge in die Hand nehmen.

GR. Mag. Hammerl, MA: Lieber Stefan, man könnte sagen „was lange währt, wird endlich gut“, aber so weit sind wir noch nicht, denn es geht jetzt einmal um die Planauftragsvergabe. Andreas, zu deiner Wortmeldung, so ist es ein sowohl als auch. Ja, wir stehen dazu und unsere Linie ist klar, denn wir wollen weder den einen noch den anderen bevorteilen oder diskriminieren. Es wird ein entsprechendes Nebeneinander sein und wir bekennen uns zu einer diskriminierungsfreien Mobilität auch für die Autofahrer. Wir bekennen uns zu unserer Strategie den Fahrradverkehr um 20 % zu steigern. Wir wollen eine sichtbare und sichere Verkehrsführung für Radfahrer in Wels.

Es ist aber ein pragmatischer Zugang notwendig, ohne jemanden Vorschriften zu machen, was er tun darf, soll und muss. Ich benutze das Fahrrad sehr, sehr gerne, ich arbeite und lebe in der Innenstadt. Das ist natürlich sehr pragmatisch, aber wir werden niemanden vorschreiben das Fahrrad benützen zu müssen, weil er sonst im Stau steht oder sonst einen Nachteil hat.

Ich möchte noch ein paar Worte an das Mobilitätskonzept verlieren und hoffe die Excel-Kenntnisse sind noch ausbaufähig. Auf Seite 5 ist bei der Grundlagenermittlung zu lesen, der Bevölkerungszuwachs in Wels beträgt 120 % und es sollten dann 110.000 Bürger sein. Das ist bekanntlich nicht der Fall und es ist nicht in unserem Sinn so stark zu wachsen. Auch die Welser Linien wären um 190 % gestiegen. Ich gehe dabei von einem schlichten Excel Fehler aus. Das kann sicher noch korrigiert werden. Wir freuen uns schon sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit in der Erstellung dieses Mobilitätskonzeptes, denn ich bin mir sicher wir alle wollen eine noch lebenswertere Stadt Wels.

StR. Ganzert: Danke für die durchaus angeregte Diskussion. Lieber Paul, das ist Power-Point und nicht Excel. Aber es ist kein Excel-Fehler, sondern die eigene Zählweise von Herrn Dipl.-Ing. Dr. Doblhammer, der sich auch verantwortlich dafür in der Fußzeile zeichnet. Man darf sich das so vorstellen: Der Bevölkerungszuwachs in Wels 120 %

heißt es leben jetzt 120 % von der Summe, die damals gelebt haben. Das ist eine etwas eigene Berechnungsmethode. Das ist auf alle Fälle der Zugang und ich habe es verstanden. Danke für deine positiven Worte dazu.

Wenn ich jetzt nur von mir selber ausgehe, bin ich auch in gewisser Weise privilegiert, weil auch ich in der Innenstadt wohne und meine Arbeitsstätte hier habe. Am meisten gehe ich zu Fuß und das Auto verwende ich nur, wenn ich wirklich muss, weil es mir viel bequemer und angenehmer ist. Aber ich habe gewisses Verständnis dafür, weil auch in Wien muss der erste U-Bahnfahrer irgendwie zur U-Bahn kommen. Dieser kann noch nicht U-Bahn fahren, wenn sie noch gar nicht fährt. Wir müssen hier realistisch bleiben und es muss hier etwas geben, wo wir alle finden können.

Andreas, besonders gefallen haben mir deine Ausführungen und auch der Zugang eurer Fraktion, nämlich keine Denkverbote. Die Fraktionen und Parteien sollten sich bewusst sein welche Personen sie dorthin entsenden und diese mit einer gewissen Legitimation ausstatten. Das Ganze dann in einem eigenen Kreis zu diskutieren und dafür rund 100.000 Euro in die Hand zu nehmen ist mir zu schade.

Ich durfte schon einige Prozesse in der Stadt Wels mitmachen. Dabei ging es um die Erstellung von Konzepten. Dabei wurde sehr hochtrabend angefangen, alle gefragt, alle mitgenommen und ich habe sicherlich Stunden über Stunden in diesen Projektgruppen verbracht. Übrig blieb dann eine Seite mit Leitbild oder irgendwelche Überschriften, die wir davor wahrscheinlich auch gefunden hätten. Ich habe schon den Anspruch, dass das ein bisschen mehr wird. Es sollen hier diese Scheuklappen abgelegt werden.

Zum Thema, alles dauert und so weiter, bedanke ich mich bei allen, die mich unterstützt haben. Sie alle wissen, dass es mir oft nicht schnell genug gehen kann. In Wahrheit können wir aus personellen Dingen nur Schritt für Schritt gewisse Dinge machen.

Lieber Ronny, wenn es nicht auf die Kosten der Autos gehen soll, muss man dazu ein Level höher gehen. Was ist das Ziel? Das Ziel ist mobil zu sein und ist es immer das höchste der Gefühle ein Auto zu haben bei den verursachenden Kosten oder ist die Mobilität auch dann möglich, wenn ich eine Wahlfreiheit habe? Nach Wien fahren die allermeisten mit dem Zug. Viele fahren mit dem Auto, denn als Familien oder mit mehreren Personen ist ihnen das zu teuer. Diese fahren in den erstbesten Park&Ride und verlassen sich dort auf z.B. einen funktionierenden ÖPNV. Man kann nicht immer sagen, Wels soll Wien werden und wir sind nicht endlos vergleichbar.

Ich erlebe viele Familien, zum Teil aufgrund der Teuerung, die aktiv versuchen ihr zweites Auto aufzugeben. Der eine arbeitet in Wels, der andere in Linz. Diese möchten nun mit dem Bus zum Bahnhof und mit dem Zug nach Linz fahren und das zweite Auto einsparen. Für Freizeitaktivitäten am Wochenende haben wir unser gemeinsames Auto. Auch das kann eine Zielvorstellung sein. Es kann daran scheitern, dass es momentan noch nicht die notwendigen Rad- und Gehwege gibt, damit ich mir das sicher zumute. Dieser eierlegende Wollmilchsau kann und wird es heute ganz einfach nicht geben. Das merken wir bei Schulstraßen, bei so vielen Themen. Daher wäre meine Hoffnung einmal den Prozess zu starten. Dazu haben wir eine externe Begleitung mit einer extra Matrix und es wird uns dann hoffentlich gelingen eine Lösung zu finden.

Es ist kein Trojanisches Pferd von mir enthalten, wo ich sage, es ist ein Konzept gegen Autofahrer oder es betrifft nur Radfahrer, sondern das Konzept steht und fällt mit dem, was wir daraus machen. Dann liegt es an uns, was wir daraus umsetzen.

Lieber Karl Schönberger, ich bin bei dir mit der Bürgerbeteiligung, aber zum richtigen Zeitpunkt. Wir sind jetzt auf einer sehr starken konzeptionellen Ebene, wo das schwierig ist. Wir werden auch im Sinne eines Bürgercockpits Dinge abfragen, aber wenn es um die Maßnahmenerreichung geht, ist das eine sehr hohe Flughöhe. Gerade wenn es um die Einzelmaßnahmen geht, ob ich z.B. im Straßenbau etwas umgestalten möchte, ist es immer wichtig mit den Bürgern zu diskutieren.

Tom, deine Wortmeldung ist schon etwas der Zeitgeist, in dem wir gerade leben. Aber auch das ist für mich kein verstecktes „Trojanisches Pferd“, mit einem heimlichen Masterplan, sondern es soll eine Möglichkeit sein, die alle gleichberechtigt. In Wahrheit sind in gewisser Form schon verschiedene Verkehrsträger in gewisser Weise diskriminiert bzw. auch positiv diskriminiert, z.B. bei der Platzverteilung. Aber das wird alles zu diskutieren sein.

Liebe Gloria, das Thema Barrierefreiheit und behindertengerechter Ausbau ist natürlich ein großes Thema für uns. Wir machen das jetzt schon oft, auch wenn wir es nicht müssten, weil es keine Auflage gibt. Markieren wir neue Schutzwege, so markieren wir diese immer in unserem aktuellen Standard mit einer Absenkung. Die Barrierefreiheit betrifft nicht nur Leute mit einer permanenten körperlichen Einschränkung, sondern es betrifft Kinderwagen, Verletzte bzw. um den Transport von schweren Lasten etc. Das spielt uns jetzt letzten Endes alles in die Hände.

Ich freue mich schon sehr mit ihnen in den kommenden 18 Monaten das Mobilitätskonzept gemeinsam auszugestalten. Ich hoffe wir sind mutig! Mutig heißt nicht großartig jemanden etwas wegnehmen zu wollen, sondern dass wir innovativ sind, einen Weg finden, um dieses Ziel besser zu erreichen und eine höhere Lebensqualität in unserer Stadt zu erreichen. Dazu haben wir jetzt noch verschiedene Ansichten. Gerade deshalb haben wir uns einen Partner gesucht, der uns auf diesen Weg begleitet und deshalb nehmen wir uns auch die entsprechende Zeit für diese Phasen. In den nächsten Wochen und Monaten wird uns das medial aber auch in einzelnen Gesprächen noch viel beschäftigen.

Auch ich bedanke mich bei Herrn Dipl.-Ing. Dr. Doblhammer, der das Ganze als entsprechender Fachexperte ausgearbeitet hat und auch begleiten wird für die gesamte Ausarbeitung. Es hat alles seine Zeit gebraucht. Wir sind im Vergleich aber wesentlich schneller als die 17 Jahre bei der Vogelweiderstraße. Ich hoffe – genauso wie im Ausschuss – auf einen einstimmigen Beschluss und bin sehr gespannt was uns gelingen wird. Das, was wir hier in der Hand haben, ist eine sehr große Chance, die man nicht so oft hat und mir ist sehr, sehr daran gelegen diese Chance zu ergreifen, auch zu nützen und etwas Kluges zu machen. Es sollen hier nicht parteitaktische oder persönliche Überlegungen versuchen Leute schuldig zu machen oder nicht vorhandene Probleme aufzubauen. Besser wäre es ein Bild für das Jahr 2040 zu zeichnen, mit der besseren Erreichbarkeit in der Stadt Wels und damit auch noch die Lebensqualität zu erhöhen.

Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, geht es am Ende vom Tag auch nicht mehr darum, ob der Weg mit dem Auto, mit dem Fahrrad oder zu Fuß gemacht wird, für die bessere Erreichbarkeit und auch die Erhöhung der Lebensqualität in unserer Stadt. Das Ganze ohne ein Denkverbot mit einem offenen Ausgang – Danke!

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Stadtrat Thomas Rammerstorfer

8.)

Gebietskörperschaftsvereinbarung für die Sammelkategorien  
Leicht- und Metallverpackungen mit der ARA Altstoff Recycling Austria AG  
- Neuabschluss  
SD-Awi-852-1-2024

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 14.03.2024:

Die beiliegende Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorien Leicht- und Metallverpackungen inklusive der Anlagen 1-11 (Beilage ./1) mit der Altstoff Recycling Austria AG, 1060 Wien, Mariahilfer Straße 123, im Stadtgebiet Wels mit einem zu erwartenden jährlichen Brutto-Entgelt in der Höhe von € 63.573,--, darin enthalten 10 bzw. 20 % USt, wird beschlossen.

GR. Bauer: Wir danken StR. Rammerstorfer für das Engagement in dieser Sache. Der Dank gilt auch allen Mitarbeitern, die hier mitgeholfen haben. Dieser Neuabschluss und die beiden folgenden Neuabschlüsse mit der ARA werden von den Welser Freiheitlichen selbstverständlich unterstützt.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Gebietskörperschaftsvereinbarung für die Sammelkategorie  
Papierverpackungen mit der ARA Altstoff Recycling Austria AG  
- Neuabschluss  
SD-Awi-852-2-2024

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 14.03.2024:

Die beiliegende Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Papier inklusive der Anlagen 1-9 (Beilage ./1) mit der Altstoff Recycling Austria AG, 1060 Wien, Mariahilfer Straße 123, im Stadtgebiet Wels mit einem zu erwartenden jährlichen Brutto-Entgelt in der Höhe von € 126.923,94, darin enthalten 10 bzw. 20 % USt, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

10)

Gebietskörperschaftsvereinbarung für die Sammelkategorie  
Glasverpackungen mit der AGR Austria Glas Recycling – Neuabschluss  
SD-Awi-852-3-2024

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 14.03.2024:

Die beiliegende Gebietskörperschaftsvereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Glas inklusive den Anlagen 1-13 (Beilage ./1) mit der AGR Austria Glas Recycling, 1060 Wien, Mariahilfer Straße 123, im Stadtgebiet Wels mit einem zu erwartenden jährlichen Brutto-Entgelt in der Höhe von € 77.022,11, darin enthalten 10 bzw. 20 % USt, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Ralf Drack

11.)

Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes  
gemäß § 39 Abs.3 StW. 1992, Novelle 34/2014  
StRH-420-03-1-2023

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 12.03.2024, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2023 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

GR. Mag. Lackner: Der Ausschussvorsitzende berichtete sehr ausführlich über den Tätigkeitsbericht. Dieser Bericht zeigt uns die umfassende Prüfungstätigkeit des

Stadtrechnungshofes. Die einzelnen Prüfberichte wurden ja in den Sitzungen des Kontrollausschusses ausgiebig beraten und zur Kenntnis genommen.

Unter dem effizienten Einsatz der Finanzmittel der Stadt Wels ist es auch weiterhin möglich Investitionen zu tätigen, die die Lebensqualität unserer Stadt erhöhen. Durch den ordnungsgemäßen Umgang und den zielgerichteten Einsatz unserer Finanzmittel, die auch durch den Stadtrechnungshof immer wieder geprüft werden, kann das Ganze dann auch noch optimiert werden. So ist eben auch im neuen Leitbild der Stadtrechnungshof dargestellt. Wer dieses noch nicht kennt, so sind dort jetzt die Deckblätter der Prüfberichte. Bitte sehen sie sich das einmal an und machen sie sich ein Bild darüber, was der Stadtrechnungshof so arbeitet. Der Stadtrechnungshof feiert heute sein 60-jähriges Jubiläum.

Deshalb möchte ich mich seitens der Freiheitlichen Fraktion ganz herzlich bei Frau Mag. Hofer und ihrem Team für die hervorragende Arbeit in den ganzen Jahren bedanken. Danke für die detaillierte Aufbereitung der Berichte, ein Danke für die Beantwortung unserer Fragen. Ich möchte an alle Mitglieder des Kontrollausschusses appellieren uns an die Regeln zu halten, damit auch künftig keine außerordentlichen Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen notwendig sind.

GR. Weidinger: Natürlich möchte ich mich im Namen der ÖVP-Fraktion bei Frau Mag. Hofer für die hervorragende Aufbereitung der Themen bedanken. Diese 30 Seiten des Tätigkeitsberichtes sagen alles aus über die Kompetenz, mit der hier gearbeitet wird. Es ist diese kompetente und gut sichtlich aufbereitete Aktenlage, der uns bei jedem Kontrollausschuss vorliegt, vor allem wenn man nicht mehr die genaue Verfahrensabfolge im Kopf hat. An dieser Stelle muss gesagt werden, wie toll das Ganze immer aufbereitet ist.

Der Umgangston spielt ja auch die Musik und das Team um Frau Mag. Hofer macht hier alles richtig - es herrscht ein sehr gutes Verhältnis mit allen Dienststellen. Das Team muss sich natürlich auch weiter fortbilden, nehmen an Wissen-Gemeinschaften und Symposien teil, damit sie am Stand der Technik und Stand der Dinge bei diesem Regelwerk sind.

Außerdem möchte ich dir zur Vorsitzführung gratulieren. Endlich dauert eine Kontrollausschusssitzung zwei Stunden und nicht mehr eine. Du machst die Sache sehr gut, bereitest dich wirklich ausführlich vor, stellst natürlich die meisten Fragen. Das zeigt von deiner Qualität als Vorsitzender und dass du dich mit den Dingen auch beschäftigst.

GR. Mag. Stöger Müller, MBA: Der Stadtrechnungshof feiert heuer sein 60-jähriges Jubiläum. Seit 60 Jahren trägt diese Einrichtung also maßgeblich dazu bei, dass mit den Steuergeldern der Welser sorgsam umgegangen wird. Egal, ob es um das Essen auf Rädern geht oder um den Dienstwagen des Bürgermeisters, um jetzt nur zwei Beispiele aus dem vergangenen Jahr zu nennen.

Auch im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Mag. Hofer und ihrem gesamten Team für die hervorragenden Berichte und auch die Beantwortung unserer Fragen im Kontrollausschuss bedanken. Den Tätigkeitsbericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis.

Bgm. Dr. Rabl: Auch ich möchte die Gelegenheit ergreifen und ganz kurz zu diesem Thema Stellung nehmen. Frau Mag. Hofer als verantwortliche Chefin des Rechnungshofes leistet hier naturgemäß schon seit vielen Jahren herausragende Arbeit. Der Rechnungshof besteht in dieser Form noch keine 60 Jahre, da es vorher die Kontrollstelle war. Erst im Jahre 2016 nach dem Welldorado-Skandal der SPÖ wurde dieser eingeführt.

Insofern hat sich der Rechnungshof schon gelohnt, weil wir diesen nicht nur weisungsfrei und unabhängig gemacht haben, sondern weit darüber hinaus müssen die vom Rechnungshof abgegeben Empfehlungen umgesetzt werden. Das war früher nicht so und wurde im Gemeinderat im Jänner 2016 beschlossen. Ich habe den Eindruck, dass Frau Mag. Hofer ihr ganzes Team mit sehr ruhiger Hand führt, sich aller persönlichen Meinungen enthält und sehr weit weg ist von parteipolitischer Argumentation. Sie arbeitet die Dinge sehr sachlich ab, arbeitet sehr faktenbasierend.

Aus meiner Sicht ist das richtig und gut, weil ein Rechnungshof, der in parteipolitisches Fahrwasser gelangt und kommt, immer Rechtfertigungsprobleme hätte. Das wurde immer ganz klar hintangehalten. Dazu trägt natürlich viel die Vorsitzführung bei und muss ich Herrn GR. Mag. Drack ein Lob aussprechen. Ich habe den Eindruck sie versuchen hier die Arbeit des Rechnungshofes - wo es geht - als Vorsitzender zu unterstützen. Das ist aus meiner Sicht wichtig, um eine große Anerkanntheit und Unstrittigkeit des Rechnungshofes auch bei der Bevölkerung sicherzustellen.

Ich möchte mich daher ausdrücklich nicht nur bei den Mitarbeitern und bei Frau Mag. Hofer bedanken, sondern auch beim Vorsitzenden und hoffe er wird in dieser Art so weiterführen.

StR. Rammerstorfer: Ich möchte mich auch den Dankesworten anschließen an den Kontrollausschuss und den Stadtrechnungshof. Herr Mag. Drack hat sich erstaunlich schnell eingearbeitet und erfüllt den Vorsitz wirklich mit aller gebotenen Objektivität und parteipolitischen Neutralität.

Das Tierheim und der Schlachthof wurden schon geprüft. Es wurde nicht bewusst etwas Negatives gesucht und die Ergebnisse waren eigentlich immer wertvolle Hilfestellungen für meine Arbeit. Dementsprechend möchte ich mich bei Frau Mag. Hofer und ihrem Team bedanken.

Es sind wichtige Instanzen unserer Demokratie, wichtige Instanzen der Transparenz. Es ist wichtig, dass der Politik und der Verwaltung jemand auf die Finger schaut, gegebenenfalls auf die Finger klopft. Dafür ein herzliches Dankeschön und weiter so!

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Weidinger: Herr Bürgermeister, ich muss sie leider berichtigen, weil sie etwas schnippisch gegen die SPÖ-Fraktion vorgegangen sind. So möchte ich auf den § 26 der Geschäftsordnung hinweisen, wo natürlich die Empfehlungen umzusetzen sind, außer der politische Referent und der Bürgermeister entscheiden anders.

Bgm. Dr. Rabl: Genauso ist es, das war früher nicht so!

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Miriam Faber

12.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Mehrzweckstreifen in der Wallerer Straße  
Verf-015-I-5-2024

GR. Faber: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich damit die Mehrzweckstreifen in der Stadt sichtbarer und sicherer zu machen. Ich möchte ihnen erneut verdeutlichen, wie sehr wir GRÜNEN es begrüßen, dass wir als Stadt das Bekenntnis zur Steigerung des Radverkehrsanteils auf 20 % bis 2030 ablegen und die Erstellung eines Verkehrskonzepts für Wels, welches die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt, unterstützen.

Ein solches Konzept jedoch ist nur der erste Schritt und garantiert nicht automatisch die Umsetzung verschiedener Maßnahmen. Ebenso sollte das Warten auf ein fertiges Konzept nicht dazu führen, dass wir uns bis dahin verkehrspolitisch auf die faule Haut legen. Deshalb stehe ich heute mit zwei Anträgen vor ihnen, die darauf abzielen den Radverkehr durch kleine Maßnahmen entlang der Wallerer Straße und am Grünbachplatz sicherer zu gestalten. In Wels gibt es einige Lücken und problematische Stellen im Radnetz, die über die Jahre entstanden sind und schrittweise behoben werden müssen.

Insbesondere im Bereich der Neustadt entlang der Hauptverkehrsrouten für Schüler ist die Streckenführung suboptimal und unsicher. Einige von ihnen sind mit dieser Problematik durch Anregungen der Welser Radler oder eigenen Erfahrungen vertraut, während andere möglicherweise ermüdet sind von der fortwährenden Diskussion. Dennoch ist es unabdingbar eine Lösung zu finden und wir können bereits heute mit kleinen Mitteln Veränderungen herbeiführen.

Zum Antrag zur Verbesserung des Mehrzweckstreifens: Auch wenn der vorhandene Mehrzweckstreifen den Vorschriften der StVO entspricht und bisher keine schwerwiegenden Unfälle verzeichnet wurden, besteht dennoch Handlungsbedarf. Ein breiterer Streifen reduziert das Risiko von Dooring-Unfällen erheblich und die visuelle Hervorhebung macht andere Verkehrsteilnehmer aufmerksamer. Zudem sollten wir beachten, dass Beinaheunfälle nicht in der Unfallstatistik auftauchen, jedoch das subjektive Sicherheitsgefühl der radelnden Bevölkerung maßgeblich beeinflussen.

Im Vorfeld hatte ich bezüglich unseres Antrages bereits Kontakt mit einigen Fraktionen. Mir wurde unter anderem entgegnet, unser Antrag sei nicht ausgereift. Aber meine



Damen und Herren, meine Fraktion und ich sind der Meinung, dass es der zuständigen Abteilung obliegt hier konkrete Lösungen für ein Problem zu finden und eine neue Mindestbreite zu definieren. Außerdem denken wir, Autofahrenden ist es hin und wieder zumutbar bei Gegenverkehr langsamer zu werden bevor sie Radfahrende passieren.

Sollte dieser Antrag in den Ausschuss verwiesen werden, erhoffe ich mir dort mehr konstruktive Zusammenarbeit mit den politischen Mitbewerbern als in den letzten Tagen zu diesem Thema stattgefunden hat.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Weidinger: Danke für den Antrag, aber ich muss dir dazu etwas erklären. Einfach etwas hinzumalen oder umzubauen ist nett, aber nicht möglich. Ich bin monatlich bei diesen Besprechungen dabei und manches vom Bürger Gewünschte ist umsetzbar und manches nicht. Speziell bei diesen Mehrzweckstreifen muss man auch das Umfeld dazu, die Straßenbreite insgesamt bzw. die Parksituation sehen.

Bei den meisten Themen gibt es einen Sachverständigen des Landes OÖ. Dieser ist extra für Wels zuständig, er kennt sich aus und berät die Beamten. Nicht die Beamten entscheiden was zu machen ist, sondern die Beamten schlagen vor und der Sachverständige sagt dann, ob es geht oder nicht. Ich bin kein Sachverständiger und kenne die rechtliche Situation nur nach der RVS. Aber auch in diesem Fall traue ich mir nicht zu sagen, was richtig oder falsch ist. Daher müssten wir wahrscheinlich noch einmal den Sachverständigen betreffend die Richtigkeit betrauen bzw. den zuständigen Ausschuss bemühen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Danke für diesen Antrag. Bei den Stadtteilgesprächen war dieses Thema für alle dort betroffenen Neustädter wichtig, aber auch für alle umliegenden Welser, die durch die Neustadt fahren. Deshalb darf ich meine Wortmeldung auch auf den Tagesordnungspunkt 12 und 14 beziehen, weil es in weiterer Folge auch um die Sperre des Grünbachplatzes für den Verkehr geht. Bei meiner städteplanerischen Sicht zu diesem Thema speziell im Bereich der Verkehrsplanung müssen wir uns in Erinnerung rufen, dass eine Einzelmaßnahme sehr viele Auswirkungen auf andere Situationen haben kann und die können wir meistens mit freiem Auge gar nicht sehen.

Daher warne ich davor jetzt einfach eine Einzelmaßnahme in einem Bereich zu machen, weil wir nicht wissen, was es in anderen Bereichen auslösen wird ohne vorher von einem Planer, zumindest dem Verkehrsplaner der Stadt Wels, begutachtet worden zu sein.

Generell aus Sicht der FPÖ-Fraktion kann ich sagen, dass wir zu keinem Antrag ja sagen werden, der den Autoverkehr zur Gänze aus der Stadt verbannen wird. Aus unserer Sicht ist es wichtig, egal ob es im kleinen oder großen Mobilitätskonzept ist, es soll eine sinnvolle Lösung für alle Fortbewegungsmittel und Fortbewegungsarten geben. Angefangen beim Radfahrer, beim Autoverkehr bis hin zum Fußgänger, der sich sinnvoll und möglichst konfliktfrei durch die Stadt bewegen soll.

In diesem Sinne können wir dem Antrag nicht zustimmen, weil ich weiß, dass Stefan bereits ein Konzept für die Neustadt geplant hat und wir auch dort einen Plan vorlegen werden, wie eine eventuelle Verkehrssituation im Bereich Neustadt-Süd aussehen kann.

StR. Ganzert: Lieber Ralf, du hast jetzt schon einiges gesagt. Wir haben das aktive Leerstandsmanagement-Projekt genau in diesem Bereich. Du zitiertest dieses Verkehrs- und Mobilitätskonzept eben für diesen Bereich in der Neustadt. Grundsätzlich ist es gut, richtig und wichtig sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und es steht jedem zu das auf offener Bühne hier im Gemeinderat zu diskutieren.

Liebe Miriam, eine Sache lasse ich aber nicht gelten. Ich freue mich dich als Stellvertreterin in meinem Ausschuss zu haben. Du hast jetzt eine Ausschusssitzung absolviert und konntest erleben, wie offen, intensiv und ehrlich wir Sachen diskutieren. Aber mir jetzt den Vorwurf zu machen, wir würden uns nicht kritisch mit den Dingen auseinandersetzen, dafür braucht es eine zweite oder dritte Sitzung oder wir stimmen uns einmal vor einer Ausschusssitzung darüber ab. Ich glaube das trifft so nicht zu, weil wir uns dort sehr viel Zeit nehmen.

Kollege Wiesinger nickt, denn er vertrat einmal den Kollegen Weidinger und meinte daraufhin, dass das einer der wenigen Ausschüsse sei, in dem nicht nur schnell darüber berichtet wird, sondern wo wirklich versucht wird die Dinge zu erklären und an sie heranzugehen. Darin ist ersichtlich, dass solche Maßnahmen nicht mit einem Satz und einem Antrag erledigt sind, sondern wir sind in einem Hoheitsverfahren. Da braucht es davor entsprechende Prüfungen bzw. eine Verordnungsprüfung, bis das Ganze erlassen wird. Ich verstehe aber die Richtung, in die es hier gehen soll.

Ich bin zu dieser Sache auch im laufenden Austausch mit einzelnen Lobbying-Gruppen, wie den Welser Radlern. Morgen bekommen wir eine Auszeichnung von Landesrat Steinkellner, bevor wir dann eine Woche später die Auszeichnung von der Frau Bundesministerin für das innovativste Projekt in der europäischen Mobilitätswoche im vergangenen Jahr bekommen. Gleich im Anschluss daran gibt es ein Koordinierungstreffen mit mir, der Behörde, der Stadtentwicklung und den Welser Radlern. Das ist ein Thema, welches schon lange diskutiert wird. Vor einem Jahr gab es schon einmal eine Abstimmung, bei der der mehrheitliche Wunsch bestand Mehrzweckstreifen in der Stadt Wels aufzulösen. Früher war es on vogue Mehrzweckstreifen einzuführen, so ist man jetzt der Meinung sie wieder auflösen zu müssen.

Würde man der Fachmeinung folgen (dort ist eine 30 km/h-Zone), so gibt es dort in der Regel keine Mehrzweckstreifen und auch keine baulichen Radwege. Gibt es einen, so hat er meistens keine Benützungspflicht, weil bei 30 km/h Maximalgeschwindigkeit sollen alle Verkehrsteilnehmer im Fließverkehr unterkommen. Es hält sich nicht jeder an diese 30 km/h und es kann dort schon zu unangenehmen Situationen kommen. Mich begleitet dieser Punkt seit dem ersten Tag meiner Funktion als Mobilitätsreferent der Stadt Wels – seit Dienstag, 9. November 2021. Ich habe bekanntlich ein gutes Gedächtnis und an diesem Tag fand das Rad-Modellregion-Wels-Umland-Treffen statt. Dabei sprachen wir über die Fahrradstraße und auch genau über dieses Problem. Am Mittwoch bin ich bei einem Radvernetzungstreffen des Landes OÖ gemeinsam mit dem Klimabündnis. Auch hier wird das wieder auf der Fachebene diskutiert werden. Es gab schon sehr viele Vorschläge und wir bemühten schon öfter den Sachverständigen.

Daher ist es laut Kollegen Weidinger nicht nur schnell geschrieben, sondern es hat alles seinen amtlichen Weg und Vorgang. Hier gab es schon die verschiedensten Lösungsmöglichkeiten, wie die Änderung der Mehrzweckstreifen oder die bekannte

Doorring-Zone, die dann noch einmal zu inkludieren ist. Es ist sehr komplex und daher hat die Stadtentwicklung gemeint dieses Thema auf eine höhere Ebene bringen zu wollen. Ich entwarne und möchte nicht sagen, dass das das Mobilitätskonzept macht, warten wir das einfach einmal 18 Monate ab und dann sehen wir uns das an. Nein, es geht hier wirklich um ein lokales Stadtteilkonzept, um genau diese Fragestellung umzusetzen.

Daher erlaube ich mir hier auch Punkt 14 schon mitzudiskutieren, weil ich es als gleich betrachte. Ich würde mich über Anträge freuen mehr Mitarbeiter in der Verkehrsplanung zu benötigen bei der Vielzahl an Konzepten, wie das Stadtteilkonzept, die Klimastrategie, das Mobilitätskonzept. Die Mitarbeiter können auch nur Stück für Stück Dinge abarbeiten. Wir sind froh, dass das Mobilitätskonzept soweit ist - das andere befindet sich noch in der Ausschreibung. Zum Arbeitszugang zu solchen Dingen darf ich ihnen zitieren: „Und wenn ich ihnen sage, der Sachverhalt ist das historisch gewachsene übergeordnete Straßennetz und wird von den alten Ortsverbindungen und heutigen Hauptstraßen Grieskirchner Straße, Eferdinger Straße, Wallerer Straße, Römerstraße und Gärtnerstraße gebildet.“

In der Wallerer Straße ist das gar nicht so leicht, weil es eine wichtige Aus- und Einfahrtsstraße ist, die mehr bedingt als der Verkehr, der eigentlich dort Ziel- oder Quellverkehr ist. Seit den 1980er Jahren wirkt die B 137 (Osttangente) als Entlastungsstraße für den Nord-Süd-Verkehr im Osten des Planungsgebietes und als direkte Relation zur Autobahn der Anschlussstelle Nord A25. Mit dem Hauptbahnhof Wels grenzt eine wichtige intermodale Schnittstelle im überregionalen Verkehr an das Planungsgebiet. Ein wichtiger Ziel- und Quellpunkt für den Stadt-, aber auch den im projektgegenständlichen Schulverkehr.

Hauptbahnhof und Busbahnhof als wichtige Umsteigepunkte für den städtischen und regionalen öffentlichen Verkehr. Wichtige, zum Teil regional bedeutsame Institutionen liegen im Zentrum des Planungsgebietes. Das Schulzentrum Neustadt, zwei Gymnasien, die HBLW, die NMS 5 sowie die VS 6, der Kindergarten und der Hort Neustadt Mozartstraße einerseits, das Klinikum Wels-Grieskirchen, das Alten- und Pflegeheim Neustadt und der Friedhof andererseits bieten Anlässe für Mobilität für alle Generationen mit allen Verkehrsarten.

Insbesondere im Umfeld dieser Institutionen sind daher bereits in den letzten Jahrzehnten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bzw. Stärkung der Verkehrssicherheit sowohl über die Verordnung von Tempo-30-Zonen, der Aufstellung von Radanlagen, der Radwegverkehrsanlagen als auch im Bereich der Schulwegsicherung umgesetzt worden. Wenn auch über diese Verkehrsberuhigungs- und Lenkungsmaßnahmen der KFZ-Verkehr maßgeblich auf den übergeordneten Straßenverkehr gehalten wurde bis er eingeschränkt werden konnte, gibt es im Bereich des Planungsgebiets Forderungen weitere Maßnahmen zur Förderung der aktiven Mobilität umzusetzen.

Leuchtprojekt, die von Schulen oder Betrieben ausgehen, sind das vom BRG Wallerer Straße initiierte Mobilitätsprojekt „Bikeline 2019“ und die Beteiligung des Klinikum Wels Grieskirchen an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“. Das sind alles hervorragende Initiativen, die sich vor allem aus der Zivilgesellschaft gebildet haben und schon

mehrfach ausgezeichnet wurden. Sie wirken zum Teil bundesweit als Vorbild. Danke an alle, die hier ihr Herzblut hineinsteckten.

Mit den von diesen Institutionen initiierten und engagierten Projekten zur Förderung der aktiven Mobilität, insbesondere des Radverkehrs, wird auch die Notwendigkeit und die Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen für aktive Mobilität sichtbar. Nicht nur, aber im Besonderen auf Schul- und Arbeitswegen im Radverkehr von und zum Hauptbahnhof Wels.

Dazu gibt es von uns eine konkrete Aufgabenstellung, wie wir so etwas verbessern wollen. Wir wollen die Erstellung eines lokalen Mobilitätskonzepts nach der gültigen RVS zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Schulwegverkehr mit Fokus auf die aktive Mobilität bzw. den Umweltverbund Fußverkehr, Radverkehr, Busverkehr mit dem Ziel die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und das Umsteigen von Bring- und Holverkehr mit dem PKW vor den Schulen auf Fuß- und Radverkehr bzw. Busverkehr zu erleichtern.

Zentral sind die Fußwege und Radverkehrswege zwischen den Schulen an der Wallerer Straße, Mozartstraße, Brucknerstraße wie auch an der Eferdinger Straße und dem Hauptbahnhof zu evaluieren und Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Derzeit gibt es seitens der Schulen eine Unzufriedenheit mit den Angeboten für den Radverkehr im Bereich des Grünbachplatzes, in der Eferdinger Straße und in der Wallerer Straße. In die Überlegungen sind auch das gegenwärtige Liniennetz der Stadt- und Regionalbusse zu evaluieren und Lösungen zur Entflechtung von Fuß- Rad- und öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr speziell am Grünbachplatz zu finden.

Die Untersuchungen sind intermodal für eine kurz- bis mittelfristige Betrachtung zu erstellen. Das heißt zu erwartende Auswirkungen auf die unterschiedlichen Verkehrsarten. Der motorisierte Individualverkehr, Radverkehr, Fußverkehr und öffentlicher Verkehr sind dazustellen und zu bewerten.

Ich wünsche mir, dass wir in dieser Sache schon wesentlich schneller wären. Aber es gehört ordentlich gemacht, es wird kommen und dem Ausschuss ordentlich präsentiert und alles bald umgesetzt werden. Ich möchte nur verhindern, dass bei Einzelmaßnahmen die möglichen Ergebnisse nicht konterkariert, sondern ordentlich gemeinsam durchdacht werden. Aus diesem Grund verstehe ich das Bemühen und habe im letzten Mobilitätsausschuss darüber berichtet. Vor Ort traf ich mich dort mit einer Gruppe Studierender der BOKU, die sich jetzt ein ganzes Semester damit beschäftigen, wie diese Dinge entflechtet werden können. Ich sehe diese Dinge als Lehrbeispiel an.

Es hat auch den Studierenden ganz gut getan einmal mit jemanden aus der Verwaltung bzw. aus der Politik zu sprechen. Wir standen dort, es waren große Parkplätze vor dem Bahnhof und diese wurden als Hitzeinsel bezeichnet. Als Lösung kam jeden vierten Parkplatz aufzulösen und einen Baum hinzustellen. Die Autofahrer freuen sich dann sehr, weil die Autos im Sommer nicht mehr so heiß sind. Aus dieser Betrachtungsweise ist das natürlich korrekt, allerdings sagten sie nicht dazu, dass jeder vierte Autofahrer keinen Parkplatz mehr hat. Ob dieser sich sehr freut dem Anderen einen Parkplatz zu

vergönnen? Ein Spiel aus Anspruch und Wirklichkeit, aber es ist unsere Aufgabe solche Dinge zu lösen.

Wir haben das volle Problembewusstsein, wir brauchen dazu eine externe Unterstützung. Dafür habe ich Budgetmittel, um solche Dinge zu vergeben. Ich wünschte, es ginge vieles schneller. Ich kenne das Problem im Schulumfeld. In der Handel-Mazzetti-Straße, bei der es um den Schul- und den Radverkehr geht, sind wir in der finalen Phase, wenn es darum geht eine Schulstraße umzusetzen – ein großes Anliegen der Welser Radler. Dieses Thema kostete uns sehr viel Zeit und wo wir den Sachverständigen bemühten.

Ich denke es ist einiges möglich, aber das Sinnvollste wäre es kritisch im Ausschuss zu diskutieren und ich bin mir sicher binnen dieser Halbjahresfrist auch ein Ergebnis im Ausschuss zu haben. Mir wäre es auch lieber wir hätten es schon früher geschafft. Die notwendigen, uns hier zur Verfügung stehenden Ressourcen sind nicht immer auch nur finanzieller Natur, sondern oft auch personeller Natur geschuldet. Aber wir nehmen das sehr ernst und ich hoffe wir konnten zeigen, wir machen das nicht irgendwie in einer Alibiaktion.

Jetzt mit einem einfachen Antrag die Breiten zu ändern, damit wir das dann in zwei Monaten wieder abfräsen, vielleicht eine falsche Sicherheit bei den Nutzern erzeugen, das möchte ich verhindern, weil ich für das Wohl der Sache eintreten möchte.

GR. Huber, MPA: Den Ausführungen des Mobilitätsreferenten ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich denke es gibt hier noch so vieles zu tun und stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag von GR. Huber, MPA auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 14) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
5 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
angenommen.

13.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Jahresausweis für die Stadtbücherei  
für Bezieher von Mindesteinkommen  
Verf-015-I-6-2024

GR. Faber: Dabei geht es um einen erleichterten Zugang zum Angebot der Stadtbibliothek. Aus den Medien konnten wir entnehmen, dass die Stadtbibliothek in Wels eine der teuersten in Österreich sei. Es gibt zwar eine ermäßigte Leihgebühr für Mindestbezieher, jedoch gibt es keine ermäßigte Jahreskarte. Der Preis für die

Jahreskarte beträgt 45,40 Euro, wir schlagen einen ermäßigten Tarif von 20 Euro im Jahr vor.

Bibliotheken sind ein Privileg unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft und sollten entsprechend gefördert werden. Der Zugang dazu muss niederschwellig sein. Leichter Zugang zu Bildung und Wissen ist eine Investition in die Zukunft. Gerade für finanziell schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen muss alles Notwendige getan werden, damit diese nicht vor zusätzliche Hürden gestellt werden. Zwischen finanzschwachen Gruppen und solchen mit Migrationshintergrund gibt es eine große Schnittmenge. Daher muss eine solche Maßnahme auch als Teil der Integration gesehen werden. Denn es darf nicht Ziel sein, Menschen mit Migrationshintergrund abzuschotten, weder in Schulen, wie es die FPÖ-Fraktion mit dem heutigen Antrag versucht, noch in anderen Bereichen unseres Zusammenlebens.

In Wels haben wir das Glück eine Bibliothek zu besitzen, die ein reichhaltiges Angebot an Büchern und Medien bietet. Damit auch finanziell schwächer gestellte Menschen dieses tolle Angebot nutzen können, erhoffen wir eine breite Zustimmung und ersuchen den zuständigen Referenten StR. Dr. Oberndorfer um Umsetzung.

StR. Dr. Oberndorfer: Als zuständiger Referent möchte ich jetzt gerne Stellung zu diesem Antrag nehmen, denn ich spreche gerne über die Stadtbibliothek. Vieles, von dem dir Gesagten kann ich unterstreichen und aus voller Überzeugung bestätigen. Die Stadtbibliothek bietet ein niederschwelliges Bildungsangebot mit sehr engagierten Mitarbeitern, die sich auch bemühen die Kunden bestmöglich zu betreuen. Das geht über das bloße Ausleihen eines Buches hinaus. Hier wird eine wertvolle Bildungsarbeit geleistet.

Daher bin ich gar nicht so undankbar über die Bibliothek zu diskutieren, nur muss ich hier einiges richtigstellen. Hier in diesem Antrag heißt es, sozial benachteiligte Gruppen sollen einen entsprechend ermäßigten Zugang zu diesem Bildungsangebot erhalten. Liebe Kollegin, diesen ermäßigten Zugang gibt es bereits! Laut Homepage der Stadt Wels beträgt die Entlehngebühr pro Buch für drei Wochen 80 Cent, ermäßigte Entlehngebühr für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahre, Schüler und Studenten ab 18 Jahren, Bezieher von Mindesteinkommen, genau das was hier antragsgegenständig ist, 0,40 Cent, also die halbe Gebühr. 40 Cent für Mindesteinkommensbezieher kostet die Entlehnung eines Buches, wenn sie das entsprechend offenlegen.

Das heißt, wir haben schon eine solche entsprechende Ermäßigung derzeit in unserer Tarifordnung. Es gibt dann noch weitere Ermäßigungen. Für Kinder bis 15 Jahre ist es kostenlos Bücher, DVDs und Tonies auszuborgen. Auch für Senioren mit Aktivpass gibt es noch eine entsprechende Ermäßigung und haben hier die Möglichkeit zu einer kostenlosen Ausleihe. Es ist also nicht so, dass wir keine Rücksicht auf Gruppen nehmen, die einkommensschwächer sind oder kein Einkommen haben. Es ist in unserer Tarifordnung entsprechend berücksichtigt.

Der einzige Grund warum wir hier überhaupt diskutieren, ist ein Fehler, der einem selbsternannten Institut – einem Online-Sprachlern-Portal – passierte. In einer Presseaussendung von ihnen wurde die Welser Bibliothek als die teuerste in ganz Österreich bezeichnet. Daraufhin sahen wir uns das an, wie sie zu diesem Schluss gekommen sind. Sie sagen bei uns beträgt die Jahresgebühr 45,40 Euro und diese ist

in anderen Gemeinden günstiger. Allerdings sahen sie sich nicht an, wie unser Tarifsystem funktioniert. Wir haben nicht nur eine Jahresgebühr, einen Jahresausweis, mit dem sämtliche Medien unbeschränkt kostenlos ausgeliehen werden können. Daneben haben wir aber sehr wohl die Möglichkeit einzelne Medien auszuleihen und hier sind wir dann schon bei den vorhin erwähnten 80 Cent für nicht begünstigte Personen und bei 40 Cent für begünstigte Personen. Davon zu sprechen, dass 40 Cent für ein Buch nicht leistbar sind, ist aus meiner Sicht lebensfremd.

Zwischenruf GR. Schatzmann: In unserem Antrag geht es aber auch um den Jahresausweis.

StR. Dr. Oberndorfer: Das ist schon richtig und es kann natürlich darüber diskutiert werden auch den Jahresausweis und nicht nur die einzelne Entlehnung zu ermäßigen. Das verstehe ich schon. Aber zu sagen es gibt keine Ermäßigung, ist schlichtweg nicht richtig und dass wir die teuerste Bibliothek sind, ist schlichtweg falsch und wurde falsch erhoben. Es wurde nicht berücksichtigt, dass wir eine Jahresgebühr haben, die jeder pauschal entrichten muss, sondern dass es einfach nur eine Alternative für die Gebühr für Einzelentlehnungen ist. Bei den Einzelentlehnungen sind wir im Vergleich sehr günstig.

Das als Klarstellung! Um was geht es insgesamt bei der Gebühr? Diese macht ungefähr je nach Berechnungsart 3 – 5 % der Kosten aus, die uns die Bibliothek verursacht. Das heißt, diese Gebühren dienen nicht dazu, dass die Stadt im großen Stil Einnahmen lukriert (ca. 20.000 Euro jährlich), sondern in Wirklichkeit ist das nur ein kleiner Beitrag, den die Nutzer der Bibliothek hier leisten.

Insgesamt ist die Bibliothek eine wichtige Bildungseinrichtung und bietet ein niederschwelliges Angebot. Das größte Ziel von uns allen sollte es sein, dass dieses Bildungsangebot auch genutzt wird. Daran will ich arbeiten. Durch Corona haben wir einen massiven Einbruch erlebt, eine ganze Generation an Schülern ist uns weggebrochen. Sie haben dieses regelmäßige in die Bibliothek gehen bzw. die Benützung des Bücherbusses vor der Schule nicht erlebt - diese müssen wir wieder reinbringen. Wir merken das in den Benutzerzahlen. Sie steigen zwar wieder, haben aber noch nicht ganz das Niveau wie vor Corona erreicht.

Darauf will ich meinen Schwerpunkt legen, daher liegt heuer auch in der Öffentlichkeitsarbeit ein Scherpunkt in der Bibliothek. Es gibt jetzt regelmäßige Einschaltungen darüber, was man dort alles ausborgen kann, denn viele Bürger wissen nicht dort nicht nur Bücher zu bekommen, sondern auch andere Medien, wie E-Books, Tonies für Kinder (über 120 Stück) usw. Diese kosten im Geschäft sehr viel und bei uns sind sie kostenlos.

Ich möchte gerne darüber reden, wie wir die Bibliothek für die breite Bevölkerung noch attraktiver machen können und daher bietet sich für mich eine Diskussion im Ausschuss an, wo wir das Ganze noch etwas verbreitern können. Für eine weiterführende Diskussion bin ich gerne offen.

GR. Wiesinger: Ich möchte den Vorschlag von StR. Dr. Oberndorfer gerne aufgreifen und stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 15) in den Wirtschaftsausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

14.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verkehrseinschränkung am Grünbachplatz  
Verf-015-I-7-2024

GR. Faber: In diesem Antrag geht es um eine Sperre für den Individualverkehr am südlichen Teil des Grünbachplatzes. Es soll in Zukunft für die Radfahrer, Anrainer, Taxis und Busse möglich sein dieses Stück der Straße zu passieren. Radfahrende könnten dort wesentlich leichter von der Gärtnerstraße, aus der Richtung Bahnhof kommend in die Wallerer Straße gelangen. Sie könnten so den Kreisverkehr an der Unterführung vermeiden. Das könnte zu einer Verkehrsentslastung führen. Somit wäre es eine Win-Win-Situation für die Radler und den Verkehr. Die Umsetzung der Maßnahme wäre überschaubar und würde nicht einmal Parkplätze beeinträchtigen. Außerdem könnte das durchaus als Verkehrsversuch mit zeitlicher Begrenzung getestet werden. Ich bin zuversichtlich, dass sich das relativ schnell als äußerst praktikabel herausstellen würde und ersuche den Gemeinderat um Mut für diese Entscheidung.

GR. KR. Schönberger: Ich melde mich jetzt als Vertreter der Welser Kaufmannschaft zu Wort. Wir sprechen immer davon dort den Verkehr wegbringen zu müssen bzw. ihn einzuschränken und wir sprechen über immer die Schüler. Aber wir reden hier von durchschnittlich 180 Tagen Schule, von 300 Tagen geöffneter Geschäfte der Unternehmer an sechs Tagen in der Woche und wir sprechen davon, dort auch eine gewisse Erreichbarkeit zu benötigen, um die Geschäfte auch weiterhin betreiben zu können.

Ich möchte all diese Punkte mitdiskutiert haben. Dort sind im überwiegenden Bereich Kleinunternehmer. Was sagt Herr Stöbich, Herr Weninger, wenn wir die Kunden nicht mehr zufahren lassen? Mit 180 Tage für Schüler wird das nicht aufgewogen werden können. Diese Dinge müssen mitbetrachtet werden. Das sind Unternehmen, die schon sehr lange dort ansässig sind und das unter den wandelnden Bedingungen.

Wir haben in der Neustadt das massive Problem als Neustädter überhaupt einen Parkplatz zu finden, weil das Krankenhauspersonal und die ÖBB-Pendler mit ihren Autos die Neustadt zupflastern und zuparken. Die dortigen Wirtschaftstreibenden haben ohnehin schwer zu kämpfen, um überhaupt überleben zu können und ich würde schon davor warnen einfach den südlichen Teil des Grünbachplatzes zu sperren, genau zu den Zeiten, wo das Geschäft gemacht wird, denn der Bäcker macht das Geschäft in der Früh.



Außerdem gibt es dort ein Orthopädie-Geschäft, wo die Kunden teilweise auf das Auto angewiesen sind, um dieses überhaupt zu erreichen. Solche Dinge gehören mitbetrachtet und mitdiskutiert und das kann nicht immer mit Individualanträgen im Gemeinderat vorgebracht werden. Ich finde es beinahe schon als Unkultur solche Dinge als Einzelanträge einzubringen. Das gehört im Verkehrsausschuss diskutiert, dann über die Dienststelle mit den Fachmeinungen und mit allen zu befassenden Gremien abgewickelt. Darum stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den Mobilitätsausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. KR. Schönberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 16) in den Mobilitätsausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Umweltverschmutzung beim Verschiebebahnhof Wels durch Styrol  
Verf-015-I-8-2024

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag gibt es einen Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, wie folgt:

„Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag gemäß § 9

In Punkt 3 heißt es, die Stadt Wels solle sich „zeitnah bemühen den Wasserbus des Landes zu organisieren, um diese Brunnen zu testen“. Diese Passage ist zu streichen, weil das nicht möglich ist.

Punkt 7 soll konkretisiert werden: Innerhalb der nächsten zwei Monate ab Beschluss soll es zu einem Treffen kommen mit Vertretungen aller Parteien, der Bezirksverwaltungsbehörde/Abteilung Umweltrecht und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wels mit dem Ziel Richtlinien in der künftigen internen und externen Krisenkommunikation bei technischen Unglücksfällen, Naturkatastrophen oder Epidemien zu schaffen.“

Bitte diesen Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Huber, MPA: Zunächst einmal ein Dank für die einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit dieses Antrages. Worum geht es uns? Wir wollen einfach, dass die Stadt Wels weiterhin eine kostenlose Überprüfung der Wasserqualität von Hausbrunnen für Bürgerinnen und Bürger im direkten Einzugsgebiet des Styrol-Austrittes gewährleistet.

Dass das mit dem Wasserbus leider jetzt nicht möglich ist, haben wir erst nach Abgabe dieses Antrages erfahren. Vorher war die Meinung noch anders. Danke dir, lieber Tom, du fragtest nochmals nach und wir hörten, das ist leider in diesem Bereich nicht möglich. Vielleicht finden wir etwas anderes.

Der nächste Punkt betrifft eine zumindest temporäre, unbürokratische Informationsstelle oder einen Ombudsmann beim Magistrat der Stadt Wels. Die Stadt Wels soll sicherstellen, dass kontinuierlich vollständige und transparente Informationen über die Website verfügbar sind. Darüber hinaus sollen die Bürger von Wels umfassend im nächsten Amtsblatt der Stadt Wels informiert werden. Hier hat der Herr Bürgermeister unsere Anregung bereits aufgenommen und in einer Presseaussendung am Freitag mitgeteilt, dass in der nächsten Ausgabe des Amtsblattes hier ausführlich berichtet wird.

Weiters soll die Stadt Wels gemeinsam mit der eww ag einen Masterplan entwickeln, der sicherstellt, dass alle Haushalte in Wels nahtlos an das örtliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen werden können. Weiters wird die Stadt Wels mit der Überarbeitung des Krisenkommunikationskonzeptes beauftragt.

Was passierte? Am 29. September 2023 gab es einen bedauerlichen Vorfall am Verschiebebahnhof Wels, wo eine erhebliche Menge Styrol, nämlich 40.000 l, in das umliegende Erdreich gelangte. Diese Chemikalie verschmutzt nicht nur die Umwelt, sondern führte auch zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Bewohnern in den betroffenen Gebieten. Die zu späte und anfänglich wirklich sehr spärliche Information führte zu Ängsten und Verunsicherung vieler Menschen. Um dieser Unsicherheit und diesen Ängsten entgegenzuwirken, aber vor allem auch um die Gesundheit unserer Bürger zu schützen und in Hinkunft besser vorbereitet zu sein, fordern wir all diese Maßnahmen.

Die Chronologie der Ereignisse auf der Homepage der Stadt Wels beginnt am 29.09.2023. Im Oktober 2023 gab es noch einen Hinweis über die laufenden Maßnahmen und dann findet man erst wieder am 26.01.2024 einen Hinweis auf die Anrainerversammlung. Bereits am 08.02.2024 forderte die SPÖ-Fraktion in einer Presseaussendung bessere Information. Immer wieder kritisierten Anrainer, dass sie kaum informiert werden, mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen werden. Große Unsicherheit machte sich breit. Im März 2024 flatterte dann eine aktuelle Information zum Grundwasser bei den Pernauern ins Haus. Dort hieß es plötzlich „Aufgrund der Strömungsrichtung des Grundwassers breitet sich die Verunreinigung noch weiter aus. Wir möchten Sie darüber informieren, dass Ihre Liegenschaft laut aktuellen Prognosen in den nächsten Wochen von der Verunreinigung betroffen sein könnte.“

Bei der Anrainerversammlung am 26.04.2024 kamen Viele, und nicht nur jene, die dieses Schreiben bekommen haben. Es waren mehr als 200 Bürger vor Ort. Viele haben dieses Schreiben nicht erhalten. Gerade von Bewohnern aus der Schafwiesen kamen eine Menge Fragen. Diese wollte man in Einzelgesprächen abklären. Aber alle wollten vollinformiert werden.

Der Herr Bürgermeister nimmt ja gerne bei Negativbeispielen Anleihe bei sozialdemokratisch geführten Städten, wo es nicht so gut läuft, ich möchte eine positive Anleihe nehmen bei der Stadtgemeinde Marchtrenk. Am 14.03.2024 gab es erstmals eine Information über eine möglich bevorstehende Beeinträchtigung des Grundwassers. Am 26.03.2024 gab es eine gemeinsame Besprechung mit BH Wels-Land und Stadtamt

Marktrenk. Noch vor Ostern, am 31.03.2024 machte sich der Marktrenker Bürgermeister auf den Weg, um die Bewohner der Marktrenker Schafwiesen zu informieren. 204 Hausbesuche absolvierte er, 140 Bewohner wurden angetroffen, informiert, ein Fragenkatalog mit 47 ausgearbeiteten Fragen wurde überreicht. Auf unserer Website gibt es auch einen Fragenkatalog mit 14 Fragen. Die Anrainer fühlten sich dort einfach aufgehoben, informiert. Es blieb das Gefühl es kümmert sich wer.

In Wels wurde sehr lange nichts gesagt - ich weiß nicht warum. Vielleicht weil manche meinten man erzeuge nur Panik. Ich bin eher für offene Kommunikation. Es geht mir und der SPÖ-Fraktion jetzt nicht darum Schuldige zu suchen, sondern es geht darum was können wir derzeit machen, damit sich die Menschen in diesem Gebiet einfach sicherer sind hinsichtlich ihres Trinkwassers. Ich darf ihnen sagen, ich wohne auch in der Schafwiesen. Aber nicht wirklich im Bereich der Gefahrenzone, sondern unterhalb. Meine Kinder waren zu Ostern bei mir, sie trinken mein Brunnenwasser nicht, weil irgendwie fühlen sie sich unsicher. Bei uns gibt es nur Brunnenwasser und keine örtliche Trinkwasserversorgung.

Wir schwärmen immer von der hohen Lebensqualität in Wels, von den Wohlfühlgefühlen – da gehört einfach sauberes Trinkwasser dazu. Den Menschen, die noch einen Hausbrunnen haben, müssen wir einfach behilflich sein, wie in Hinkunft eine bessere Kommunikation gewährleistet werden kann, wie ein Ausbauplan für die Ortswasserleitung auch in Randgebieten der Stadt Wels möglich sein könnte – das möchten wir mit unserem Antrag bewirken: Ehrliche Kommunikation, schnelles Handeln. Wir sind der festen Überzeugung, wenn wir offen über diese Dinge sprechen, entwickeln sich nicht diese Ängste. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unseres Dringlichkeitsantrages.

Vzbgm. Kroiß: Im September 2023 fand die Entgleisung eines Güterzuges im Bereich der Schlosstraße statt. Ca. 40.000 l Styrol gelangen in das Erdreich – Presseaussendung vom 30.09.2023. Es wurden aber gleichzeitig seitens der ÖBB, der Firma INTG und der Wasserrechtsbehörde Maßnahmen gesetzt, wie Sperre der Brunnen und auch Grundwassersonden wurden gesetzt.

Es hat sich aber dann diese Fahne Richtung Kamerlweg, Richtung Osten, ausgebreitet und von der Firma INTG wurden im Bereich Kamerlweg sozusagen Hausbesuche durchgeführt, nämlich bei jenen Haushalten, die einen Brunnen haben. Es fanden Wasserprobenentnahmen statt. Es gab von Beginn an diese Zusammenarbeit mit der Wasserrechtsbehörde und natürlich auch mit den ÖBB. Soweit so gut – dann bin ich bei dir Silvia.

Aber es erfolgte keine weitere Information an die Pernauer. Ich bin ein persönlich Betroffener, weil ich direkt in der Fahne wohne, bei mir beträgt der Wert 14.000 - ab 20.000 soll man das Wasser nicht mehr trinken. Wie lief das bei mir ab? Eines Tages, ich glaube Mitte Jänner, kam mein Nachbar zu mir und fragte mich, ob mein Hausbrunnen auch so eigenartig riecht. Bei mir war es fast nicht merkbar, bei meinem Nachbarn war der Geruch nach Styrol wirklich stark bemerkbar. Wenn man das einmal gerochen hat, erkennt man es immer wieder. Es war am nächsten Tag zufällig meine Frau zu Hause und sah wie bei meinem Nachbarn eine Probe gezogen wurde. Erst auf Ersuchen meiner Frau wurde bei uns vom Brunnen eine Wasserprobe gezogen. Da wurde ich wirklich zum ersten Mal auf diesen Vorfall aufmerksam, dass sich sozusagen diese Styrolfahne Richtung Osten, Richtung Kamerlweg, ausdehnt.

Persönlich besuchte ich einige Nachbarn, fragte nach Informationen – da merkte ich bereits, es fand keine Information in der Nachbarschaft statt. Dann suchte ich den Kontakt mit der Dst. Wasserrecht, GR. Mag. Humer – ich kann mich noch ganz genau daran erinnern, wie wir darüber gesprochen haben welche Maßnahmen gesetzt wurden. Welche sollten noch gesetzt werden, wie funktioniert die Zusammenarbeit.

Aber, ich habe es nicht verstanden, warum es nicht rechtzeitig eine Information von der Wasserrechtsbehörde, eine Information über unsere Öffentlichkeitsarbeit an die Bevölkerung gegeben hat. Ich kann nur sagen, die Bewohner des Kamerlweges waren richtig sauer. Ich habe es auch deswegen nicht verstanden, wenn man mit Vertretern der ÖBB gesprochen hat, wurde ja eine gute Arbeit geleistet. Es wurde versucht mit Sperren, mit Sonden durchaus Maßnahmen zu setzen, dass diese Verunreinigung etwas eingedämmt wird, dass man das Grundwasser mit diesen Sperrbrunnen reinigen kann.

Bemerkt habe ich schon aus der Nachbarschaft, dass die Bewohner natürlich Verständnis haben – der Zug fiel um, die Stadt kann nichts dafür. Aber sie haben kein Verständnis was die Informationspolitik betroffen hat. Mein Unmut war auch ziemlich groß. Lieber Bernhard, ich sagte damals und das sage ich auch heute, wir hätten früher informieren müssen. Das habe ich nicht verstanden.

Liebe Silvia, der Antrag deiner Fraktion hätte an den eigenen Kollegen gehen müssen. Warum wurde die Bevölkerung nicht früher von der Wasserrechtsbehörde informiert? Das ist die entscheidende Frage, ein wesentlicher Punkt.

Alles andere war nicht schlecht. Wie ging es weiter? Ich nahm Kontakt mit dem Herrn Bürgermeister auf und sagte, wir müssen hier rasch informieren, weil diese Sache wird sich wahrscheinlich noch weiter Richtung Osten ausbreiten. Wir haben sehr rasch dann ein Informationsblatt an die Anrainer verfasst. Es gab noch eine Information des Herrn Bürgermeisters, persönliche Besuche von Herrn Bürgermeister im betroffenen Gebiet (Kamerlweg), um mit den Anrainern das Gespräch zu suchen, damit wir sagen können was ist hier tatsächlich geschehen, dass wir persönlich darüber informieren.

Es gab eine Mitteilung durch die ÖBB und die Stadt Wels, eine Pressekonferenz, eine Informationsveranstaltung in der VHS. Es wurde rasch geschaut, dass es zu einer Notwasserversorgung kommt. Ja, spät aber doch wurden Betroffene und eventuell Betroffene informiert. Es gibt mittlerweile auch diese Information auf der Welser Homepage, ein Beitrag im Amtsblatt ist in Arbeit. Das Bürgertelefon ist im Büro des Herrn Bürgermeisters ja ohnehin eingerichtet. Es laufen die Arbeiten was die Trinkwasserversorgung betrifft über die eww ag soweit weiter.

Zum eigentlichen Antrag noch möchte ich sagen, dass die Probenentnahmen natürlich weiterhin durchgeführt werden, diese kostenlos sind. Es wurden diese Informationsstellen eingerichtet, in der eww, den ÖBB und bei uns im Haus. Was das Thema der Krisenkommunikation betrifft, selbstkritisch ja – damit so etwas das nächste Mal besser wird. Unbestritten – das muss besser werden!

Zum Thema Masterplan Wasserversorgung: Über diesen muss noch diskutiert werden, wir haben derzeit in Wels rund 1.000 Objekte ohne Ortswasserleitungsanschluss. 1000 Objekte bedeutet 38 km Hauptwasserleitungen sind zu verlegen, Budget rund 50 Mio.

Euro, Bauzeit rund 10 Jahre. Vor Jahren gab es im Gebiet der Schafwiesen eine Abstimmung über Ortswasserleitung Ja oder Nein. Damals wurde negativ darüber entschieden. Aber wenn nun die eww ag eine Ortswasserleitung verlegt, dann besteht auch Anschlusszwang. Sie können dann nicht sagen, schön dass die eww ag hier 38 km Wasserleitung verlegt, ich schließe nicht an. Ab einer gewissen Entfernung müssen die Anrainer anschließen. Verbunden durchaus mit Kosten, wenn es z.B. nicht um das Thema Styrol geht. D.h. hier gilt es mit der eww ag abzuklären, wo eine Ortswasserleitung notwendig ist.

Wir hörten die GRÜNEN stellten einen Abänderungsantrag, dass der Wasserbus Styrol gar nicht prüfen kann, d.h. es sind bei diesem Antrag sehr viele Fragen offen, weshalb ich den Antrag zur Geschäftsordnung stelle, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)  
8 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. RegRat Zaunmüller war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines weiteren Gymnasiums;  
Resolution an den Nationalrat und an den Bildungsminister  
Verf-015-I-9-2024

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, wie folgt:

„Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion betreffend Resolution an den Nationalrat und den Bildungsminister bezüglich Errichtung eines zusätzlichen Gymnasiums

In der Begründung entfällt folgende Textpassage:

„Viele Eltern befürchten, dass aufgrund des hohen Migrationsanteils in den Mittelschulen ..... Dieser Zustand ist untragbar.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Mag. Hammerl, MA: Wir stehen vor einer großen Herausforderung, die nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft unserer Stadt und ihrer Kinder betrifft. Die Bildung unserer Jugend ist das Fundament auf dem wir die Zukunft unserer Gesellschaft aufbauen. Ohne solides Wissen, ohne die Fähigkeit kritisch zu denken und ohne die nötige Bildung, die unsere Kinder zu verantwortungsvollen engagierten Bürgern formt, kann unsere Gesellschaft nicht gedeihen. Die Forderung nach einem zusätzlichen Gymnasium in Wels ist daher nicht nur eine Frage der Kapazität, es ist eine Frage der Qualität der Bildung, die wir unseren Kindern bieten wollen und können. Eine gute Schulbildung ist der Schlüssel zu persönlichem Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt. Sie öffnet Türen zur weiterführenden Bildung, zu beruflichen Möglichkeiten und zu einem Leben, das nicht nur von persönlichem, sondern auch von sozialem Erfolg geprägt ist.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt uns eine besorgniserregende Situation. Knapp 3000 Schülerinnen und Schüler absolvieren derzeit eine Ausbildung in einem Welsner Gymnasium. Doch die Kapazität unserer bestehenden Einrichtungen reicht bei weitem nicht aus. Wie uns von mehreren Seiten berichtet wurde, ist vor kurzem eine hohe Anzahl an Kindern trotz ausgezeichnetem Schulerfolg an den Volksschulen von einem Welsner Gymnasium abgewiesen worden. Ihnen wird damit der Zugang zum Gymnasium, ein Zugang zu einer Bildung, die den Schülern ermöglicht ihr volles Potential zu entfalten, verwehrt. Es ist ein alarmierendes Zeichen, wo wir als Politik umgehend handeln müssen. Viele Eltern befürchten, dass aufgrund des hohen Migrantenanteils in den Mittelschulen und den im Zusammenhang stehenden fehlenden Deutschkenntnissen das Ausbildungsniveau nicht im gleichen Umfang gewährleistet werden kann, wie in einem Gymnasium.

Auch der Lehrkörper in den Neuen Mittelschulen erhält nicht die notwendige Unterstützung, um Bildungsdefizite der Kinder auszugleichen. Der Zustand ist untragbar. Wenn man an Bildungsgerechtigkeit denkt und diese ernst nimmt, dann muss es auch weiterhin möglich sein, dass jeder in seinen Fähigkeiten in einer Schulform seiner Wahl unterrichtet wird. Jedes Kind verdient die Chance sein volles Potential zu entfalten. Es verdient Zugang zu einer Bildungsstätte, die entsprechend fordert aber auch entsprechend fördert. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Fehlen von Schulplätzen dazu führt, dass begabte und motivierte Schüler auf einen Bildungsweg verwiesen werden, der nicht ihren Fähigkeiten und Ambitionen entsprechen. Die Alternative – eine neue Mittelschule – mag für einige die richtige Wahl sein, doch sie soll eine Wahl bleiben und nicht die einzige Option aufgrund von Platzmangel sein.

Die Bedeutung einer guten Schulbildung lässt sich nicht hoch genug einschätzen. Sie ist grundlegend für die Entwicklung kritischer Denkfähigkeit, für die Förderung von Kreativität und Innovation. Hierfür ist die schulische Ausbildung entscheidend – entscheidender denn je. Es geht hierbei nicht um die individuellen Zukunftschancen unserer Kinder, sondern es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, unserer Gesellschaft. Deshalb ist Investition in Bildung, wie Benjamin Franklin einmal sagte: „Die beste Investition, die man tätigen kann.“ Ein zusätzliches Gymnasium in Wels ist ein richtiger Schritt, um sicherzustellen, dass alle Kinder in unserer Gesellschaft die Bildung erhalten, die sie verdienen und die sie benötigen.

Mit dieser Resolution an den zuständigen Bildungsminister fordern wir raschestmöglich alle Schritte zu ergreifen, um die Neuerrichtung eines Gymnasiums in Wels umzusetzen. Mit

einem Zitat von J.F. Kennedy möchte ich schließen, welches lautet: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung.“

StR. Dr. Oberndorfer: Dieser Antrag gefällt uns im Großen und Ganzen ganz gut, wenngleich die Begründung aus unserer Sicht nicht zu 100 % passend ist. Es geht hier nicht darum, ob wir Kinder mit Migrationsanteil oder -hintergrund haben oder nicht, es geht nicht um einen höheren oder niederen Migrationsanteil, sondern es geht schlicht und ergreifend um die Leistung, die diese Volksschulkinder erbracht haben. Da sind viele großartige Leistungen dabei aus Wels, aus dem Umland von Wels. Hier haben wir Schüler, die fast lauter Einser haben, aber weil halt inzwischen der Andrang ins Gymnasium so groß ist, bekommen sie trotzdem keinen Platz in einem Welser Gymnasium. Das ist schade! Wenn sich jemand anstrengt, sich bemüht, Talent hat, dann soll er auch die bestmögliche Bildung haben. Grundsätzlich stehen wir zu dem System der Gymnasien, dort bekommt man eine sehr gute Bildung. Es ist unser grundsätzliches Verständnis, dass die Kinder, die hier eine besondere Leistungsbereitschaft zeigten und ein besonderes Talent aufweisen, dass diese entsprechend gefördert werden und ihren Platz in einem Gymnasium bekommen.

Wenn das derzeit noch nicht der Fall ist, dann ist es klug hier eine Resolution an das Ministerium zu richten und zu sagen bitte prüft, ob wir nicht ein weiteres Gymnasium in Wels errichten können. Daher stimmen wir diesem Antrag grundsätzlich zu. Allerdings, wie gesagt, sind wir mit der Begründung nicht ganz einverstanden. Es kann nicht um den Migrationsanteil gehen, denn wenn ein Kind mit Migrationshintergrund leistungsfähig und leistungsbereit ist, dann soll es genauso behandelt werden, wie jedes andere auch, ganz unabhängig davon woher es kommt. Insofern gefällt mir der Änderungsantrag, in dem man diese Passage streicht. Mit dieser Änderung können wir dem Antrag mit gutem Gewissen zustimmen.

GR. Mag. Drack: Danke für diesen Antrag. Es ist in der Tat ein sehr wichtiges Anliegen, es kann nie genug Bildungsangebote geben für alle Schichten, für alle sozialen Gruppen und für alle Herkunftsmilieus. Wir schließen uns der Kritik an und unterstützen den Abänderungsantrag der SPÖ. Die Begründung, dass man hier einen Zusammenhang mit Migrationshintergrund herstellt, sollte aus unserer Sicht nicht das Thema sein. Im Gegenteil, wir bekommen viele Rückmeldungen von migrantischen Eltern, die ebenso ihre Kinder trotz sehr guter Schulleistungen eine Absage eines Gymnasiums bekamen. Das betrifft genauso die migrantischen Kinder. Im Gegenteil, es gibt sehr oft sogar Bildungsbarrieren aufgrund von Migrationsfeindlichkeit oder auch Rassismus, Religionsfeindlichkeit – auch da gibt es Fälle, wo z.B. junge Frauen mit Kopftuch die Matura nicht absolvieren konnten und dann im zweiten Bildungsweg aber ein Studium abschlossen. Das sind halt individuelle Schicksale, aber es gibt auch diese Barrieren aufgrund der Migrationsfeindlichkeit. Da sollte man, wenn es um unsere Kinder und um Bildung geht, ohne diesen ideologischen Hintergrund an die Sache rangehen.

Ein Aspekt, der uns aus der Bevölkerung zugetragen wurde, ist jener, dass ein Gymnasium was die Bildung betrifft, nicht ein Dreh- und Angelpunkt ist. Wir hatten bereits öfters in der Stadt Wels das Thema, dass es zu viele Akademiker gibt. Studiert jemand, steht er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, man hat keine fundierte Arbeitsausbildung. Zumindest erleben das sehr viele Eltern so, dass dann die Kinder nach dem Gymnasium erst recht eine Lehre absolvieren.

Insofern wäre nach diesem Aspekt auch zu prüfen, ob das die richtige Strategie ist ein weiteres Gymnasium zu schaffen, deswegen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Dringlichkeitsantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Drack auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 4 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
30 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
abgelehnt.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Das Bildungsthema sollte uns immer beschäftigen, weil es darum geht Menschen zukunftsfit zu machen, den Menschen und unseren Kindern eine Chance auf Bildung zu geben, aus der sie für ihr Leben etwas machen können. Wir sind überzeugt, wenn es darum geht Bildungsgerechtigkeit herzustellen.

Es ist eine Tatsache, dass die Schulen ein Abbild unserer Gesellschaft sind. In Österreich haben wir ein klares Bild darüber, wie Bildung vererbt wird. Der soziale Status ist die Grundlage, wie sich Kinder weiterentwickeln und die Chancen in den Schulen wahrnehmen, d.h. den weiteren Bildungsweg wahrnehmen. Natürlich gibt es auch Kinder, die sich durch ihren Fleiß und Einsatz weiterentwickeln.

Lt. FPÖ-Fraktion sind die Migranten an allem schuld – das haben wir aus dem Antrag herausgelesen. Sehen wir uns Wels als Schulstandort an: Wir haben ca. 2.500 Schüler in den Volksschulen, ca. 1.800 Schüler in Mittelschulen, 165 Schüler im ISZ und 149 Schüler im Polytechnischen Lehrgang. In den Gymnasien sind es 2.400 Schüler, davon das Brucknergymnasium mit 900 Schülern, in den anderen Gymnasien 700 Schüler. Das sind nur Zahlen damit man weiß, was sich im Schulsystem in Wels so tut.

Weiters steht im Antrag der FPÖ: Auch die Lehrkörper in den Neuen Mittelschulen erhalten nicht die notwendige Unterstützung, um die Bildungsdefizite der Kinder auszugleichen. Was wäre denn diese Unterstützung?

Das wären ausreichende Ressourcen. Es gibt einerseits das Land OÖ und den Bund, die mit Lehrerressourcen verfügbar haben. Dort gab es immer wieder Sonderaktionen, es gab immer wieder Probleme Lehrer zu finden. Weiters gibt es genaue Regelungen darüber, was die Stadt machen kann. Wir könnten monieren, dass die Lehrer nicht unterstützt werden – nur wir als Stadt tun es ja auch nicht!

Erinnern kann ich mich, wir diskutierten im Gemeinderat oft über die Ganztageschulen. Die SPÖ-Fraktion stellte Anträge, dass die GTS kostenfrei besucht werden können. Das scheiterte immer an der Mehrheit der FPÖ-Fraktion, es geht um rund 400.000 Euro. Das wäre eine Unterstützung für die Lehrer, weil nämlich alle Kinder, die es notwendig haben und brauchen auch eine Unterstützung im Ganztageschulbereich haben. In der Stadt Wels gibt es noch immer eine Volksschule ohne Ganztagesbetreuung. Bei den Neuen



Mittelschulen gibt es überall eine GTS. Da hätten wir viel zu tun und könnten sehr viel Einsatz zeigen.

Wir werden diesen Antrag mitbeschließen, wenn der Abänderungsantrag dazu auch beschlossen wird, weil wir natürlich der Meinung sind, dass das derzeitige System verbessert gehört, auch wenn ich nicht der Meinung bin, dass es das beste System ist.

Zum Thema „hunderte Schüler wurden nicht aufgenommen“: Fragt man in den Gymnasien nach, kommt am Ende heraus, dass es sich um 15-20 Schüler handelt, die nicht aufgenommen werden konnten. Dazu kommt der Einzugsbereich Wels-Land, d.h. die 2.400 Schüler kommen aus dem Großraum Wels.

Dieser Antrag beschäftigt sich nur ganz vage mit einem eventuellen Problem. Ich möchte dieses Thema Bildung so diskutieren, dass wir Schüler die Chance geben sich bilden zu können. Da haben wir als Stadt Wels viel zu tun. Ich weise nur darauf hin, dass wir im Bereich der Schulsozialarbeit – wenn es um die soziale Differenzierung geht – viel zu wenige Personaleinheiten verfügbar haben in den Schulen. Das wäre eine echte Unterstützung für die Lehrer.

GR. Mag. Hammerl, MA: Zur Berichtigung: Wenn GR. Reindl-Schwaighofer davon spricht, dass dieser Antrag gegen Migranten gerichtet sei und diese seien an allem schuld – das weise ich aufs Schärfste zurück! Vielleicht legen sie einmal ihre ideologischen Scheuklappen ab und ihre ideologische Verbortheit! Wenn sie diesen Antrag normal lesen würden, dann käme dies überhaupt nicht raus.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ich habe jetzt fast zweieinhalb Stunden gebraucht, um mich von der Aktuellen Stunde emotional zu erholen und dann kommt jetzt ein Antrag der FPÖ-Fraktion und Wortmeldungen, die genau dort anschließen, wo die Aktuelle Stunde aufhörte, nämlich von Unwissen und Uninformiertheit – seid mir nicht böse – tatsächlich! Ich darf jetzt einige Dinge klarstellen:

Grundsätzlich habe auch ich mit der Begründung, lieber Paul, ein Problem. Das wurde bereits ausgeführt. Ich habe auch ein Problem damit Paul, wenn du sagst, die Qualität ist nur in den Gymnasien tatsächlich gegeben. Dagegen verwehre ich mich auf das Allerschärfste, denn das hieße nämlich im Umkehrschluss - wäre man böseartig und würde so denken -, dass in den Volksschulen, in den Mittelschulen, im ISZ, wo auch immer, die Qualität nicht gut ist. Die Lehrkräfte dort, egal in welcher Schule, leisten tagtäglich hervorragende Arbeit. Ich lade sie alle ein einmal mit mir eine Exkursion durch diese Schulen zu machen. Ich glaube nicht, dass einer von uns gerne dort arbeiten würde, weil die Herausforderungen riesig sind. Die Herausforderungen sind nicht nur riesig wegen dem hohen Migrantenanteil, sondern diese sind riesig aufgrund der sozialen Verwerfungen, in denen sich Wels leider auch befindet, wie viele anderen Schulen auch.

Wenn du Paul hier sagst, der Zustand ist untragbar! Bitte gehe mit mir in die Schulen, schau dir das an, die Zustände sind nicht untragbar, denn die Stadt Wels, der Bund und das Land haben in den letzten Jahren viele Millionen Euro investiert genau in diese Schulformen, wie Volksschule und Mittelschule. U.a. über das Projekt „100 Schulen – 1000 Chancen“. Ich bin sehr dankbar, dass der Herr Bürgermeister und ich uns immer wieder Dinge ausmachen, wo Dr. Rabl sagt „passt schon“, „bekommen wir schon“, „hier hast du ein Geld, damit wir das eine oder andere umsetzen können“. Also wir machen das sehr oft

in einem Vier-Augen-Gespräch, sehr unkompliziert - nicht am Stadtsenat oder Gemeinderat vorbei, um hier auch gleich irgendwelchen Dingen Vorschub zu leisten -, das machen wir uns einfach aus. Wir als Stadt Wels sind halt nur „Schulerhalter“, wir haben mit den Lehrkräften überhaupt nichts zu tun. Wir sind für keinen Direktor, keine Direktorin zuständig, wir sind für keine Lehrkraft zuständig. Wir sind zuständig für die Hardware – sprich die Schule, für die Ausstattung, für die Einrichtungen, für die Reinigungskräfte, für die Schulwarte und für das Overhead-Personal für die Dst. Schule und Sport.

Wir sind österreichweit am Top-Level, was die technische Ausstattung, die EDV-Ausstattung, Sesseln, Tische, White-Boards, Tafeln usw. betrifft. Wir sind perfekt ausgestattet in den Physiksälen, Nebenräumlichkeiten usw. Wir sind perfekt ausgestattet – auch aufgrund des Projektes „100 Schulen – 1000 Chancen“ was die Außengestaltung und die Freizeitbereiche der Schüler betrifft. Der Herr Bürgermeister und ich – Danke lieber Andreas – machten letzte Woche aus, dass wir erheben welche Möglichkeiten wir in den VS 10 und 11 haben (Lichtenegg, Schulstraße) in 14 – 16 Monaten (so lange ist die Vorlaufzeit) eine GTS zu implementieren. Denn genau dort haben wir dieses Thema.

Wir wissen Hort Wimpassinger Straße, Hort Vogelweider Straße, sind voll ausgelastet. Wir wissen an diesen Schulstandorten der VS 10, VS 11, die im Schuljahr 2025/2026 zu einem Schulstandort zusammengelegt werden, dass wir dort eine GTS machen. Heute früh sprach ich mit den Direktoren und mit Herrn Mario Kastner darüber, den ich für seine Arbeit ausgesprochen lobend erwähnen möchte und auch alle anderen, die in dieser Abteilung arbeiten, denn das ist kein Honiglecken, keine Gaudi dort alles unter einen Hut zu bringen. Wenn man nur Schulerhalter ist, ist man für das andere eigentlich nicht zuständig. Wir machten heute aus, dass wir über die GTS weitergehende Erhebungen usw. durchführen.

Wir betreuen in Wels fast 3000 Schüler in den Gymnasien. Drei öffentliche und ein privates Gymnasium mit den Franziskanerinnen. Wir betreuen in der Wallerer Straße 756 Kinder, in der Dr. Schauer-Straße 631 Kinder, bei den Franziskanerinnen 705, an die 900 Kinder betreuen wir in der Bruckner Straße. Warum wissen wir das so genau? Weil ich heute Vormittag und ein Mitarbeiter von mir mit den Direktoren und Administratoren dieser Schulen telefonierten und genau alle diese Zahlen – aktuellster Stand – erhoben haben.

Paul und auch Kollege Oberndorfer, wenn ihr sagt, ein Wahnsinn, so oder so viel Schüler werden abgewiesen! Das klingt ja so als wären es hunderte von Schülern, die von den Gymnasien abgewiesen werden! Stimmt nicht! Johnny führte das aus. Im Detail sieht es so aus, dass wir bei den Franziskanerinnen für das Schuljahr 2024/2025 0 Schüler abgewiesen haben, in der Dr. Schauer-Straße 0 Schüler, in der Wallerer Straße 16 Schüler und 20 Schüler in der Bruckner Straße. Also wir sprechen von nicht einmal 40 Schülern, die aus welchen Gründen auch immer keinen Gymnasialplatz für das Schuljahr 2024/2025 bekommen haben. Bis zum heutigen Tag – vielleicht ändert sich ja noch etwas. Die Direktoren sagen es könnte sein, dass jene Kinder+ noch den einen oder anderen Platz ergattern.

Diese nicht ganz 40 Schüler sind gar keine Welser, weil – wir wissen es alle – es eine Bundesschule ist. D.h. die Schüler kommen von überall her und die Direktoren sagen es ist nicht einmal die Hälfte der Schüler, die keinen Platz bekommen, aus Wels. Das soll uns nicht beruhigen, auch Schüler von auswärts sollen natürlich einen Platz bekommen. Letzte Woche hörte ich von einer Zahl von 200, die alleine von einer Schule abgewiesen worden

sein sollen. Der Direktor sagte mir, das geht sich ja mathematisch gar nicht aus, wir hatten nur 174 Anmeldungen. Also 174 Anmeldungen, da kann man nicht 200 Schüler ablehnen.

Ich glaube in der Stadt Wels sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg, vor allem was auch die Hardware betrifft. Wo man natürlich nachschärfen kann ist z.B. bei der Schulsozialarbeit. Da wissen wir, wir haben 0,9 Personaleinheiten für das Budget 2024/2025 zugestanden bekommen, hier ginge noch weit mehr. Es gäbe auch noch andere Ansätze. Ich möchte hier – obwohl ich es mir durchaus vorstellen könnte – eine Diskussion über eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen vermeiden. Aber bitte reden wir nicht Wels als Schulstandort schlecht. Für die nicht ganz 40 Schüler wird man hoffentlich eine Lösung finden. Ein Direktor sagte mir auch noch, man darf nicht glauben, dass sie nur Schüler mit lauter Einser aufnehmen. Das stimmt nicht – auch das ist eine Mär! Es werden viele Schüler aufgenommen, die auch den einen oder anderen Zweier haben, auch jene mit einem Dreier – diese machen eine kleine Zusatzprüfung in diesem Fach. Ein Direktor sagte, wir haben alle Schüler aufnehmen können – überhaupt kein Thema.

Auch erwähnen möchte ich noch, die Migranten sind nicht schuld. Paul, du hast es bereits korrigiert, offenbar war das auch nicht so gemeint, wie man es vielleicht lesen könnte. Einige meiner Freunde sind Migranten und haben Kinder, die sehr wohl in das Gymnasium gehen. Diese schließen oft viel besser ab als die österreichischen Kinder. Soviel zum Thema. Nochmals: Ich lade alleine ein mit mir die Schulen zu besuchen.

GR. Mag. Drack: Lieber Klaus, du hast einmal in einer Gemeinderatsitzung von Weihrauch und Myrrre gesprochen. Ich kann nicht nachvollziehen das Gerede, dass alles in Ordnung wäre an den Welser Schulen, an den Neuen Mittelschulen was sowohl die Ausstattung, also in der Rolle der Stadt Wels als Schulträger, als auch den Schulstandort Wels betrifft. Es mag schon sein, dass das Angebot von außen betrachtet gut ist und Direktoren die Situation natürlich anders darstellen als diejenigen, die die Schulen besuchen. Wir haben auf jeden Fall sehr viele Rückmeldungen auch von den Eltern, dass es massive Probleme gibt, sowohl was die Anzahl des Lehrpersonals als auch die Ausstattung betrifft an den NMS und VS. Diese Rückmeldungen haben wir.

Es gibt auch diese vielen sozialen Probleme. Die Schulsozialarbeit gehört noch massiv ausgebaut. Es gibt in Lichtenegg die Situation, dass über Mittag die Schule zugesperrt wird und die Kinder vor der Schule herumlaufen, weil die sozialen Probleme in der Schule nicht bewältigbar sind, so bekommen wir das erzählt. Es gab bereits mehrere Polizeieinsätze, es gibt massive Bedrohungsszenarien, die sich außerhalb der Schule abspielen. Es gibt auch Gewaltsituationen innerhalb der Schule, von Mobbing bis über Sexting und alles Mögliche. D.h. auch hier kann die Stadt Wels als Schulerhalter zumindest flankierend einiges unternehmen, um diese soziale Lage zu entspannen. Trotz allem geht es um ein systemisches Problem, d.h. es lässt sich nicht alles im System Schule regeln, sondern es braucht generell soziale Anstrengungen, um die Menschen auch aus sozialen Nöten zu befreien. Das ist die Ursache für die Probleme, die dann auch im Schulsystem aufschlagen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Lieber Ralph, nicht dass jetzt ein falscher Eindruck entsteht. Ich werde nicht alles schönreden, aber ich lasse mir die Dinge nicht schlechtreden. Es gibt soziale Verwerfungen, das habe ich auch gesagt! Vielleicht hast du es nicht gehört. Diesen müssen wir entgegensteuern. Wir kennen alle diese Dinge, wie Sexting, Mobbing, Dealen in Garderoben usw. Wir ignorieren das nicht, wir verschließen nicht die Augen davor, aber ich lasse mir die vorhin aufgezählten Dinge nicht schlechtreden, weil die Qualität der Arbeit

in den Schulen von den Lehrkräften wirklich sehr hervorragend ist. Ich kenne viele Lehrkräfte, weil ich tatsächlich in den Schulen unterwegs bin, die mir genau diese Dinge schildern, die du sagtes und die vielfach am Rande ihrer persönlichen Grenzen arbeiten. Natürlich gehört dem entgegengewirkt. Daher werden wir zu Themen wie Schulsozialarbeit usw. tatsächlich Lösungsansätze finden, mit denen man etwas verbessern kann. Also ich rede nicht alles schön, aber ich lasse es mir nicht schlecht reden.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hörte mir diese Diskussion angehört. Mir kommt vor jedes Mal, wenn die FPÖ-Fraktion in ihrem Antrag das Wort Migranten erwähnt, gibt es gleich die große Empörung und Diskussion darüber. Vielleicht sollten wir das ganze versachlichen und ein paar Dinge richtigstellen.

Lieber Johnny, dass sich Bildung vererbt, ist schon lange nicht mehr so, sonst wäre es auch gar nicht möglich, dass sich der Akademiker-Anteil seit dem Jahr 2000 verdreifacht hat. Würde er sich vererben, dann wäre er gleichgeblieben. Das gilt auch für die Matura oder sonstigen Bildungsabschlüsse, die inzwischen über dem OECD-Durchschnitt bei 36 % liegen, weshalb sich Bildung natürlich nicht vererbt, sondern wir ein Land mit Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit sind, wo der, der Leistung bringt, tatsächlich auch die Möglichkeit hat höhere Ausbildungen zu bekommen, und zwar weit über das hinaus was seine Eltern gemacht haben. Wie gesagt, wäre das nicht so, würden die Ausbildungsquoten ja völlig ident bleiben.

Was die Qualität der Gymnasien betrifft, muss ich ganz generell sagen – das ergeben auch die ständigen PISA-Untersuchungen –, dass das Bildungsniveau in Österreich zurückgeht. Das ist jetzt keine so große Neuigkeit, zuletzt waren es 15 Punkte in Mathematik und 10 Punkte beim Lesen. Das, was in dieser Begründung enthalten ist, ich möchte diese nochmals vorlesen, damit wir überhaupt wissen, worüber wir im Konkreten reden. Es steht konkret drinnen „Viele Eltern befürchten, dass aufgrund des hohen Migrationsanteils in den Mittelschulen und der in diesem Zusammenhang stehenden fehlenden Deutschkenntnisse das Ausbildungsniveau nicht im gleichen Umfang gewährleistet werden kann wie in einem Gymnasium.“ Da geht es also nicht um eine konkrete Behauptung, sondern es geht darum was uns Eltern einfach erzählen. Diese sagen laut ihren Erfahrungen in diesem Zusammenhang, mein Kind bekommt in der Neuen Mittelschule nicht das gleiche Ausbildungsniveau wie in den Gymnasien. Da braucht man nicht gleich eine Schnappatmung bekommen, das sind halt die Erfahrungsberichte der Eltern.

Es ist auch legitim die Erfahrungsberichte anzusprechen, im Übrigen ist das zu einem großen Teil auch so. Wir haben neue Mittelschulen, da haben wir ein Problem mit fehlenden Deutschkenntnissen. Es geht nicht nur um Migrantenkinder, denn es sagt überhaupt nichts aus, ob es ein Kind von Migranten ist oder von Österreichern, sondern es geht rein darum welche Sprachkenntnisse hat dieses Kind. Ich weiß schon Kinder können sich sehr schnell Sprachkenntnisse erwerben, trotzdem haben wir mit den Sprachkenntnissen in den Schulen massivste Probleme. Auch die zuständigen Pädagogen haben diese massivsten Probleme. Das bringt mich gleich zum nächsten Satz, nämlich der Untragbarkeit. Auch das ist kritisiert worden. Eines ist klar, die Lehrkörper erhalten im pädagogischen Bereich nicht die Unterstützung, die es brauchte, um diese Bildungsdefizite auszugleichen. Dieser Zustand ist untragbar, nämlich dass die Lehrer nicht die notwendige Unterstützung erhalten. Das ergibt sich übrigens alles konkret aus der Begründung.

D.h. es ist kein einziger Satz von dem, was solche Empörung auslöste, tatsächlich in der Begründung enthalten. Ich glaube daher, vielleicht hat man es nicht so genau durchdacht oder gelesen, wie das vielleicht wünschenswert gewesen wäre.

Trotzdem brauchen die Pädagogen Unterstützung. Ich rede hier nicht von einer besseren Ausstattung was die Gebäude betrifft, ich rede hier ausschließlich davon, dass wir Begleitlehrer, Stützlehrer brauchen. Das ist natürlich eine Bundesangelegenheit bzw. eine Landesangelegenheit und hat aber überhaupt nichts mit der Stadt Wels zu tun. Das möchte ich hier klarstellen. Ebenso möchte ich klarstellen, dass das was Mag. Klaus Schininger sagte absolut richtig ist. Die Ausstattung in den Schulen ist top. Im Jahr 2010 beschlossen wir ein Schulsanierungskonzept und haben inzwischen 30 Mio. Euro in die Schulsanierung gesteckt. Nicht nur in die technische Ausstattung, sondern auch in die Gebäudeausstattung. Ich weiß, auch GR. Reg.Rat Zaunmüller war in diesem Zusammenhang daran beteiligt und ich weiß auch, dass in dieser Zeit viel weitergegangen ist. Insofern ist es völlig lächerlich zu sagen es ist gar nichts passiert, wir hätten nichts getan. Die Gebäude, die technische Ausstattung sind in einem Top-Zustand. Das Einzige was fehlt aus meiner Sicht ist eine Berücksichtigung des hohen Anteils von Kindern, die nicht ausreichend Deutsch können. Das ist eine pädagogische Aufgabe, die wir haben. Sonst wäre es auch gar nicht möglich, dass nach neun Schuljahren teilweise Schüler aus den Neuen Mittelschulen kommen, die nicht ausreichend Deutsch können, um in der Folge eine Lehre zu beginnen. Es bringt gar nichts, wenn wir ständig unsere Augen vor diesem Thema verschließen, sondern wir müssen konkret auf diese Probleme auch hinweisen. Das ist mir persönlich sehr wichtig.

Wenn heute angesprochen worden ist das Projekt „100 Schulen – 1000 Chancen“, dann muss ich sagen, dieses Projekt war gut gemeint, aber schlecht gemacht. Und zwar deswegen schlecht gemacht, weil geplant war ursprünglich damit Gelder den Schulen zur Verfügung zu stellen, damit diese Personal einstellen. Nur das war so kurzfristig gar nicht möglich, das war der ursprüngliche Plan. Man hat diesen Plan aber dann geändert, weil eine nachhaltige Finanzierung damit nicht möglich war. Deshalb sagten sie dann man soll in die Ausstattung investieren. Das hat man zu guter Letzt auch gemacht.

Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass tatsächlich jene Schulen, die einen hohen Migrationsanteil bei den Kindern haben, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, dass diese Schulen nachhaltig personelle Unterstützung bekommen. Das Problem wird sich so schnell auch gar nicht lösen lassen. Wir brauchen einen wesentlich höheren Personaleinsatz als früher. Auch Walter Zaunmüller hat das vor fünf oder sieben Jahren schon gesagt, dass sich hier wesentlich etwas ändern muss in diesem Zusammenhang. D.h. die Probleme sind schon omnipräsent und bekannt und wir können nicht so tun als würden sie nicht bestehen.

Wenn wir sagen, wieviel Kinder sind denn tatsächlich abgewiesen worden. Ich habe ebenfalls, lieber Klaus, anrufen lassen von meiner Bürochefin Frau Mag. Katzier-Holl. Sie bekam schon eine Zahl von 200 genannt, darüber gibt es auch einen Aktenvermerk. Insofern wundert mich das jetzt, dass es bei euch völlig andere Zahlen sind. Weil wenn wir als Büro des Bürgermeisters anrufen, dass wir völlig andere Zahlen bekommen als ihr, verstehe ich nicht. Aber es sind ja auch 50 abgewiesene Schüler schon zu viel. Das sind immerhin zwei Klassen. Ob es einen Welser oder ein Kind aus den Umlandgemeinden betrifft, ist aus meiner Sicht völlig unerheblich. Es reicht aus, dass es Schüler gibt, die abgewiesen wurden, wenn sie „die ausreichenden Noten haben“, um tatsächlich ein

Gymnasium zu besuchen. Offensichtlich haben wir einen derartigen Zustand. Offensichtlich gibt es die Möglichkeit, dass die Anmeldefristen relativ gleich sind bei den Schulen. Wenn also jemand angemeldet wird in zwei Schulen und nicht genommen wird, hat er fast keine Möglichkeit mehr sich an einer weiteren Schule anzumelden, weil die Anmeldefrist vorbei ist.

Also insofern zu sagen es ist nebulös und wir wissen eigentlich gar nicht worum es geht, deswegen haben wir in den Antrag hineingeschrieben, der Minister möge einmal die Zahlen seriös erheben, ob das was uns kommuniziert wurde stimmt. Es können andere Zahlen genannt werden, je nachdem mit wem man redet oder welche Grundlagen man hat, aber es ist auf alle Fälle so dass wir sagen, diese Zahlen sind uns kommuniziert worden. Der Minister hat die Möglichkeit ganz genau nachzufragen, wie viele sind es denn wirklich und kann auf Basis dieser Ergebnisse dann Entscheidungen treffen. Aber wenn man herausfinden sollte, dass wir in Wels 50 Kinder abweisen müssen jedes Jahr, dass sie kein Gymnasium besuchen können, dann muss ich sagen ist das eine ausreichend große Zahl – es sind zwei Klassen -, die jedes Jahr abgewiesen werden. Bei 8 Schulen sind das 400 Kinder, dann brauchen wir halt ein weiteres Gymnasium. Dagegen spricht ja auch nichts. Wir tun so als würde das eine ehrenrührige Forderung zu sagen, wir brauchen ein weiteres Gymnasium – das ist es überhaupt nicht.

Wir haben aus meiner Sicht ein zusätzliches Problem. Es ist ja nicht nur so, dass wir zusätzliche Gymnasialschüler haben, sondern es sind auch die Eltern, die sagen ich will, dass mein Kind ins Gymnasium geht. Ich will, dass mein Kind keine Neue Mittelschule, sondern ein Gymnasium konkret besucht. D.h. es wird sich der Anteil an Gymnasiasten im Verhältnis zu den Neuen Mittelschulen generell erhöhen, automatisch. Da brauche ich keinen Bevölkerungszuwachs, da rede ich einfach davon, dass die Eltern das wollen, weil sie für ihre Kinder eine bessere Vorbereitung in einer höheren Schule möchten bzw. auf ein Studium.

Mit diesen Themen müssen wir uns auseinandersetzen und wir wissen, dass die Errichtung eines Gymnasiums mindestens drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird. Wenn das überhaupt ausreicht. Das letzte Gymnasium wurde in Wels in der Wallerer Straße in den 70er Jahren eröffnet. Das ist immerhin fast 50 Jahre her. Es wundert mich daher nicht irgendwann zu sagen jetzt brauchen wir halt ein neues. Insofern eine richtige und legitime Förderung, die in diesem Zusammenhang erhoben wurde auf Basis der Daten, die uns zur Verfügung gestanden sind.

Es ist daher notwendig und wichtig diesen Antrag an das Parlament zu schicken und auch berichtet wird, wie sich das ganze weiterentwickelt.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Es gibt von der Nationalbank eine jüngste Studie, die sich damit beschäftigt wie Bildungslaufbahnen in Österreich vererbt werden. Ich habe es zuerst angesprochen, dass natürlich auch individuell Leute den Durchbruch schaffen, aber wenn man sich insgesamt die Gruppe an, schaut es in Österreich mit der neuesten Studie der Nationalbank so aus: 37 % von Kindern, deren Eltern Arbeitnehmer sind, machen die Matura, 81 % von Kindern von Akademikern. 22 % von Arbeiterkindern machen ein Fachstudium, 67 % von Akademikern. 7 % von Angestellten-Kindern machen ein Masterstudium, 25 % von Akademikern. Das meinte ich. Ein Schelm, der nicht weiß, dass der Herr Bürgermeister das auch genau weiß, es geht ja nur immer um das Argument.

Wie kann ich einen Satz „Viele Eltern befürchten, dass aufgrund des hohen Migrationsanteils in der Mittelschule und der in diesem Zusammenhang stehenden fehlenden Deutschkenntnisse das Ausbildungsniveau nicht im gleichen Umfang gewährleistet werden kann wie in einem Gymnasium.“ Wie kann ich diesen Satz als nicht gegen migrantische Schüler gerichtet lesen? Ich wüsste es nicht. Es ist ganz klar ihr versucht es zu relativieren, da geht es nicht darum, dass ich etwas gelesen habe was hier nicht steht, sondern es steht hier ganz genauso, wie es alle anderen verstanden haben. Bei der FPÖ ist es immer das Gleiche, wenn es dann so ist, war es nicht so gemeint – dieser Fall ist genau hier eingetreten.

GR. Mag. Drack verlässt die Gemeinderatsitzung um 18.05 Uhr.

StR. Ganzert: Vorweg, meine Bitte an die Vorsitzführung und den Berichterstatter, mir ist es beim letzten Mal auch schon so ergangen, eine tatsächliche Berichtigung ist nicht gedacht als Replik, eine Meinung. Wenn ich einen subjektiven Eindruck habe, dann ist es nicht ein Instrument, um eine Gegenrede darzustellen, sondern dann wäre das ein tatsächlicher Einwand. Aber ein Kommentar – ich habe das vorhin beim Kollegen so empfunden – deshalb eine Bitte an die Vorsitzführung, dass das geordnet funktioniert. Auch wenn Meinungsverschiedenheiten vorherrschen, das ist aber hier herinnen legitim.

Zu Beginn wunderte ich mich schon ein bisschen als ich die Begründung hörte. Ich habe mich ein bisschen in die Schulzeit zurückversetzt, das stammt jetzt nicht aus deinem Mund und ich lege es dir auch nicht in den Mund, aber es war so, es hieß ja die Gescheiten gehen ins Gymnasium und die Dummen sind in der Hauptschule. Das hat man gerade von denjenigen gehört, die im Gymnasium waren – quasi so ist das, das ist eine strikte Trennung. Auch wenn Vzbgm. Mag. Schininger sich das nicht wünscht, dass man davon spricht, aber vier Jahre ist man gut genug in derselben Klasse zu sein. Was keiner dazusagt ist der riesige Druck, der entsteht in der 4. Klasse VS von allen Seiten auf die Schüler, auf die Eltern und vor allem auch auf den Lehrkörper. Es ist auch erklärbar wieso wir solche Noten haben, weil teilweise der Lehrkörper bereits aufgibt und sagt, bevor ich mich terrorisieren lasse von den Eltern, gebe ich halt nach und gebe statt eine 2 eine 1. Das ist meine Entscheidung, das ist ein hoheitlicher Akt. Das sind Erzählungen, die ich einfach höre.

Ich weiß nicht ob die FPÖ dieselbe Geschichte auch den Schülern im Polytechnikum, in den Berufsschulen erzählen würde, wenn sie sagen „ermöglichen ihr volles Potential zu entfalten“ – dann braucht es natürlich automatisch ein Gymnasium. Das kann man bei den verschiedensten Dingen entfalten. Wenn wir dann noch überlegen wohin dieser Druck führt? Die Nachhilfekosten steigen und steigen, es gibt schon Kinder, die in der Volksschule Nachhilfe benötigen. Es gibt Kinder, die mit Gewalt, und zwar mit sehr viel Vermögen, das dafür aufgebracht wird, durch ein Gymnasium getragen werden mit hohen Nachhilfekosten. Wir wissen auch, dass eigentlich in den letzten Jahren sehr viele Anstrengungen gemacht wurden den Akademikerschnitt zu erhöhen. Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, bei Dingen, wo früher vielleicht die Matura ausreichte, ist heute in der Ausschreibung mindestens ein Bakkalaureat erforderlich. Wo früher man keine Matura brauchte, sagen wir heute man braucht eine Matura. Das hat sich alles verschoben, es gab einen gewissen Wandel.

Ich glaube es gibt im Bereich Bildung eine Software und eine Hardware. Das eine sind die Gebäude und die Gebäudehüllen, es gibt aber auch die Software, wie den Lehrkörper, die Schulsozialarbeit aber auch die preisliche Gestaltung. Das fängt beim Mittagessen in der Ganztagesbetreuung an, es gibt die Nachmittagsbetreuungsgebühr, je nachdem, es gehört sehr viel dazu.

Uns ist die Begründung schon sehr wichtig, weil mit diesem Antrag ignoriert man etwas komplett. Man gibt es zwar zu, sagt es gibt Probleme und sagt dieser Zustand ist untragbar. Also wir haben lt. dieser Begründung einen untragbaren Zustand in den Neuen Mittelschulen der Stadt Wels. Sexting, Mobbing hat nichts mit ob Neue Mittelschule oder Gymnasium zu tun. Das gibt es überall. Wir haben diese Dinge genauso in den Gymnasien. Das irgendwie auf einen Schulstandort zu beziehen ist absurd. Das ist generell eine schwierige Phase im Leben. Aber scheinbar sieht es hier niemand für notwendig diesen untragbaren Zustand zu verbessern. Die einzige Lösung ist scheinbar zu sagen wir prüfen, ob es ein neues Gymnasium gibt. Damit wir diejenigen, die die Kapazität nicht gefunden haben, raus bringen aus diesem schlechten System. Es ist zwar ein untragbarer Zustand, aber was wir eigentlich vorhaben oder was die Forderung wäre, dazu gibt es irgendwie keine Ideen, es bleibt so stehen. Also wir wollen diese loslösen und dann eigentlich die Sache noch einmal vermeintlich komplizierter machen.

Liest man jetzt nur den Text der Resolution, dann gibt es überhaupt keine Aufregung. Nichts spricht dagegen den Herrn Bildungsminister Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek zu ersuchen alle notwendigen Schritte einzuleiten, um raschestmöglich zu prüfen, ob in Wels der Bedarf für ein weiteres Gymnasium besteht. Im Fall eines Bedarfes soll die Errichtung eines Gymnasiums raschestmöglich in Angriff genommen werden. Ist ja logisch, dass wenn ein Bedarf da ist, dem entsprochen werden soll. Da ist jeder hier herinnen mit dabei.

Allerdings was dann in der Begründung steht, dass ist der Wunsch der ÖVP genauso, haben wir schon so Nuancen entdeckt, wo etwas nicht stimmt. Genau diese Eltern lassen wir im Regen stehen. Wir nehmen einige aus diesem System heraus. Es sei nicht gesagt, dass eine Neue Mittelschule etwas Schlechtes ist, aber wir sind uns schon alle bewusst, dass wir hier in einem Ballungsraum leben, dass wir einen der höchsten Migrationsanteile in Österreich haben, aber dass das einhergeht mit unserem Wirtschaftsstandort, mit unseren Arbeitsplätzen, dass das alles ein bisschen größer zu denken ist. Aber nur zu sagen die Lösung ist es wir lassen die einen im Regen stehen und bauen den anderen ein fünftes Gymnasium in der Stadt Wels und schleiche mich noch heimlich in das Argument der Migration hinein, egal ob das stimmt oder nicht. Ich dachte wir haben jetzt den zweiten Kindergartenpädagogen abgezogen, damit wir diese Sprachförderung machen. Natürlich finde ich es für alle im System erschreckend, wenn ich vier Jahre in die Volksschule gegangen bin, dann in die darauffolgende Schule gehe und ich nicht in der Lage sein dürfte richtig Deutsch zu sprechen. Spricht man mit den Direktoren oder Lehrern hat man oft den Eindruck, wie dies geschildert wird, dass die kein A vom O unterscheiden können und sie dich schief anschauen als wäre vier Jahre nichts geschehen und dann sagt man so ein Pech aber auch! So ist es natürlich nicht! Aber die individuelle Förderung und Stärkung, welche diejenigen brauchen, die es nicht so leicht haben und die eben nicht die Eltern haben, die einen Druck auf die Lehrer ausüben, die lässt man im Regen stehen – das ist die Aufregung in gewisser Weise, um die es hier geht, dass man auf einem Auge blind ist. Das Problem ist sehr einseitig betrachtet und nicht die Welser Bildungslandschaft mit allen Höhen und Tiefen, ob mit positiven aber auch negativen Dingen diskutiert wird.



Diese Diskussion wurde so geführt, niemand hat etwas gegen ein neues Gymnasium. Es obliegt nicht dem Welser Gemeinderat ein bundesweites Bildungssystem zu zerdiskutieren und zu verändern. Das ist die Aufgabe des Bundes. Wir haben eine fraktionelle Meinung dazu. Aber das werden wir hier nicht ändern, nachdem die „bestehende Zweiklassenlösung“ so bleibt, spricht nichts dagegen. Man hätte sich aber diese Diskussion sparen können, in dem man nicht Fragen aufwirft, in dem man einzelne Punkte besonders hervorhebt. Hätte man nur den ersten Absatz stehen lassen, dann hätte es diese ganze Diskussion gar nicht gegeben.

Bgm. Dr. Rabl: Wenn ich davon spreche, dass dieser Zustand untragbar ist, so wie es in der Begründung steht, dann ist damit gemeint, dass der Lehrkörper nicht die notwendige Unterstützung erhält, um diese Bildungsdefizite auszugleichen. Dieser Zustand ist untragbar und die Lösung ist natürlich, dass diejenigen, die jetzt schon an den Neuen Mittelschulen tätig sind, herausragende Arbeit leisten. Man muss das auch mal anerkennen, diese auch loben und sagen, das was ihr macht, ihr macht das Möglichste was überhaupt nur geht. Da gibt es aber auch Leistungsgrenzen, die aus den Kapazitäten sich ergeben und aus den Möglichkeiten. Deswegen brauchen diese auch mehr Unterstützung und die Lösung ist für mich sonnenklar, nämlich dass zusätzliche Lehrer (Stützlehrer, Deutschlehrer) zur Verfügung gestellt werden für jene Schulen, die mit einem besonders hohen Migrationsanteil kämpfen, wo die Kinder nicht ausreichend Deutsch sprechen. Also deswegen noch einmal von uns: Die Direktoren, die Lehrer leisten Herausragendes! Unser Bildungsreferent sagt das zurecht. Aber das ist nicht alleine der Weisheit letzter Schluss, sondern die brauchen halt Unterstützung. Und dieser Zustand, dass sie die Unterstützung nicht bekommen, ist untragbar. So steht es auch in der Begründung – anders kann man es auch nicht verstehen. Nur um das klargestellt zu haben.

StR. Rammerstorfer: Es ist kein Zufall, dass gleichzeitig mit diesem Antrag die FPÖ wieder ihr „Deutsch ist Pflicht-Plakat“ aus der Mottenkiste holte und in der ganzen Stadt in den Schaukästen verteilte. Auf diesen Plakaten ist zu sehen von hinten eine Frau mit Kopftuch, mehrere dunkelhaarige Kinder, die offenbar Migranten darstellen sollen. Diese sind gleichzeitig mit dem Antrag aufgehängt worden. Ich glaube nicht, dass das ein Zufall ist. Nebenbei erwähnt Team Rabl steht darunter – Team ist auch nicht gerade ein deutsches Wort. Vielleicht überlegt ihr euch einen anderen Namen, wenn ihr Plakate aufhängt. Das wäre meine Anregung. Ansonsten wurde alles gesagt.

Danke an die spannende Diskussion und Danke an alle für ihre Bemühungen im Bildungsbereich etwas weiter zu bekommen.

GR. Mag. Hammerl, MA: Danke sehr. Ich habe gerade im Duden nachgesehen, das Wort Team ist tatsächlich ein deutschsprachiges Wort, es wurde in den deutschen Wortschatz aufgenommen. Danke für die Anregung.

Klaus, ich habe ebenfalls deine Zahlen summiert. Du kommst auf knapp 3.000, ich komme auf knapp 3.000, also insgesamt kommen wir auf dieselbe Zahl. Von daher freue ich mich trotz der Kritik.

Stefan, wenn du zu meiner Berichtigung der Wortmeldung ausführst, dass das keine Berichtigung ist. GR. Reindl-Schwaighofer hat tatsächlich eine inhaltlich falsche Aussage getätigt. Er hat sich sehr bemüht, genauso wie die gesamte Fraktion ein Thema aufzuwerfen, nämlich immer „FPÖ gegen die Ausländer, FPÖ gegen Personen, die nicht

deutsch sprechen“. Das ist euch einfach nicht gelungen. Und wen diese falsche Aussage trifft, nämlich „Wir gegen sie - alle Schuld bei den Migranten“ – dann ist das einfach falsch. Selbstverständlich werde ich das berichtigen.

Um beim Bildungsangebot zu bleiben, würde ich vorschlagen wir nehmen das Bildungsangebot des Verfassungsdienstes gemeinsam in Anspruch und erhalten Nachhilfestunden. Dort können wir das sicher beide nochmals klären.

Abschließend darf ich replizieren, Politik ist bekanntlich da um Möglichkeiten zu schaffen oder wenn ich zu Herrn StR. a.D. Walter Zaunmüller schaue und seinen früheren Bundesparteiobmann zitiere, der sinngemäß sagte: „Sein Traum ist es jedem Kind die Flügel zu heben“, das würde ich jetzt gerne von ihnen sehen und wissen, ist das auch ihr Traum den Kindern die Flügel zu heben?

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Der Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (wie oben angeführt) wird mit

	<u>15 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (NEOS)

abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>19 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen	<u>15 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Drack hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Anschließend erklärt der Herr Bürgermeister mit Dank für die rege Beteiligung die Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

### ***H I N W E I S für Internet-Nutzer:***

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 10.06.2024 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*